

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 26. September 1896.

Inserate die viergespaltene Beitzseite oder deren Raum 20 A Redaktion und Expedition: Nürnberg, Wetzlarstraße Nr. 12.

Inhalt: Ein Musterbericht für Fabrik-Inspektoren. (Schluß) — Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1895 in der Schweiz. — Vom englischen Gewerkschaftskongress. — Alters- und Invaliditätsversicherung. — Nochmals zu den „Duertreibereien“. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Aufruf an die Metallarbeiter Thüringens. — Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro August 1896. — Literarische.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Drehern nach Halle a. d. S. (Maschinenfabrik Friisch & Co.); nach Meerane i. S. (Firma James Stevenson & Co.); von Formern nach Dugendteich b. Nürnberg (Firma W. Späth); von Formern, Schlossern und Drehern nach Pforzheim (Gebr. Wendler); von Gelbgießern, Drehern u. Gürtlern nach Hamburg (Fied. Söhne); von Metallschlägern nach Dresden und Großschönau; von Drehern, Formern, Tischlern und Lackirern nach Bielefeld (Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik); von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, besonders von Formern, Gelb- u. Rothgießern, Bau- u. Kunstschlossern und Kunstschmieden; Polirern nach Berlin (würtemb. Metallwaarenfabrik); von Arbeitern der Radfahrbranche nach Köln-Bündenthal (Allricht-Fahrradfabrik, Georg Sorge & Co.); Metallarbeitern der Schiffsbaubranche nach Flensburg (Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft); der Nähmaschinenbranche nach Altenburg; von Klempnern und Schlossern nach Danzen (Emailirwerk Blechschmied & Stelzer); von Klempnern u. Schwarzblecharbeitern nach Halle a. S.; von Schlüsselbohrern nach Wald i. Rhld. (Firma Wipperführer & Co.).

Ein Musterbericht für Fabrik-Inspektoren. (Schluß.)

Die regelmäßige Arbeitszeit in der ganzen Braunschweiger Metallindustrie beträgt 10 Stunden per Tag. In einigen Geschäften wird 9 1/2, in anderen 9 3/4 Stunden gearbeitet; in zwei Geschäften besteht die 10 1/2 stündige Arbeitszeit, in Zuckerraffinerien, Konservenfabriken etc. müssen die Metallarbeiter 11 Stunden arbeiten.

Die Metallindustrie ist Saisonindustrie. Zeitweilige Ueberarbeit und dann wieder Einschränkungen der Arbeitszeit, Entlassungen von Arbeitern wegen Arbeitsmangels sind an der Tagesordnung. Dies ist in allen Betrieben, ob größeren oder kleineren, wie in allen Branchen — letzteres freilich mit Unterschied — der Fall. Vielfach kann man die Beobachtung machen, daß gerade diejenigen Betriebe, welche zu Zeiten am intensivsten arbeiten lassen, auch wieder in der todten Saison die rückwärtsweisen Arbeitseinschränkungen

machen. So in der Tarnowiger Aktiengesellschaft, wo in der Gießerei in der Saison scharf über die normale Arbeitszeit gearbeitet und in der schlechten Zeit — etwa 5 Monate im Jahre — der Betrieb auf 9 stündige Arbeit reduziert wird. Noch greller trifft dies auf die Dampfessel- und Gajometerfabrik zu: dort wird in der guten Zeit oft die Nacht durchgearbeitet; in der schlechten Periode wird die Arbeitszeit auf 7 Stunden eingeschränkt und es regnet Entlassungen. In der Gießerei der Maschinenbauanstalt wurde 1/2 Jahr lang bis zu 3 Stunden per Tag und Mann übergearbeitet; bei schlechtem Geschäftsgang wurden alsdann 10 Mann entlassen. Doch kommen in den größeren Betrieben im Allgemeinen keine Betriebs Einschränkungen vor. Um so intensiver wird aber in denselben während der Saison gearbeitet: in der Maschinenbauanstalt arbeiten in der Kesselschmiede 8 Mann mitunter 90 bis 100 Stunden per Woche; die übrigen arbeiten 4 Monate lang täglich 1 bis 2 Stunden über die normale Arbeitszeit. In einer Fabrik ist die tägliche Ueberzeitarbeit von 2 Stunden durch den ungenügenden Dampftrieb verursacht; in einem anderen Betriebe wurden trotz geringer Ueberzeitarbeit im Jahre 1895, für das die ganze Darstellung gilt, 35 Mann entlassen und der Betrieb 4 bis 5 Wochen lang auf 9 Stunden eingeschränkt.

Am meisten leiden naturgemäß unter den Schwankungen der Saison die eigentlichen Kleinbetriebe. Große Geschäfte können auf Vorrath arbeiten lassen; die Wechsel des Marktes berühren sie nicht so sehr, wie die kleinen Betriebe, welche nur auf Bestellung arbeiten. Darum sind beträchtliche Einschränkungen und Entlassungen von Arbeitern, theilweise sogar vorübergehende Betriebs Einstellung in diesen Geschäften keine Seltenheit.

Nachtarbeit ist nicht häufig. Außer in einer Klempnerwerkstatt wird sie noch aus der Fabrik von Luther gemeldet, wo am Samstag Nachts durchgearbeitet wird bis Sonntag Morgens 5 Uhr! Sonntagsarbeit ist nach § 105b in Fabriken und Werkstätten ungesetzlich; trotzdem kommt sie vor und zwar nicht nur in kleineren Geschäften, sondern auch in größeren Betrieben. Meistens sind es Reparaturarbeiten, die Sonntags gemacht werden.

Die Lohnverhältnisse sind auf 7 Tabellen statistisch dargestellt und zwar nach den einzelnen Geschäften und den einzelnen Branchen. Leider ist unterlassen worden, in einer weiteren Tabelle das ganze Material nach Branchen geordnet zusammenzustellen und so eine rasche Uebersicht über die Lohnverhältnisse in der Braunschweiger Metallindustrie zu bieten, wodurch der Werth der Broschüre erhöht worden wäre. Ebenso hätten wir es gerne gesehen, wenn für jedes Geschäft und jede Branche die Löhne in mehreren Klassen rubrizirt und daraus möglichst die Durchschnittslöhne berechnet und diese

Methode in der eben fehlenden Schluß-tabelle ebenfalls befolgt worden wäre.

Die Erhebungen erstreckten sich auf 57 Fabrikanlagen und Werkstätten mit insgesammt 3381 Arbeitern. Von den Betrieben haben 4 je rund 500 Arbeiter, 1 über 100, 8 Betriebe beschäftigen je 50 bis 100, 12 je 20 bis 50 und 32 weniger als 20 Arbeiter. Auf die einzelnen Branchen vertheilen sich die Arbeiter folgendermaßen: 910 Schlosser, 466 Dreher, 46 Mechaniker, 84 Monteure, 24 Brückenbauer, 73 Bohrer, Hobler und Frasser, 219 Formner, 21 Gelbgießer, 33 Maschinenformner, 43 Kernmacher, Puffer, Schmelzer etc., 247 Holzarbeiter, 4 Maler und 49 Lackirer, 85 Klempner, 3 Zinngießer, 40 Schleifer, 35 Goldarbeiter und Graveure, 3 Ziseleure, 6 Bildhauer und endlich 454 nichtgelernte Hilfsarbeiter; außerdem Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge in nicht genau festzustellender Anzahl. Weibliche Arbeiter sind nur durch 29 Hilfsarbeiterinnen vertreten.

Die aus den 7 Tabellen von uns gemachten Zusammenzüge ergeben folgende Uebersicht über die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Branchen:

Table with 4 columns: Branch, Durchschnittslöhne per Woche, Maximum per Woche, Minimum per Woche. Lists professions like Schlosser, Dreher, Klempner, etc. with their respective wage ranges.

Die durchschnittl. Stundenlöhne betragen in Pfennigen für Schlosser 27-35, Dreher 25-40, Klempner 27,5 bis 42, Schmiede 27,5-38, Lackirer 27,5-39, Hilfsarbeiter 22-35, Feizer 25-27, Kesselschmiede 32,5, Formner 30, Feilenhauer 32, Gießereiarbeiter 24, Tischler 32-40, Bohrer 32,5, Hobler 37,5, Ziseleure 42, Kupferschmiede 22 bis 24,5, Mechaniker 27-35, Kernmacher 26.

Der Verfasser des Enqueteberichtes bemerkt dazu: „Das vorstehende Material reicht entfernt nicht aus, um die thatsächlichen Durchschnittslöhne der Branchen hier am Orte (in Braunschweig) festzu-

stellen. Gerade von denjenigen Betrieben, wo die schlechtesten Arbeitsbedingungen sind, waren keine Angaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bekommen. Unberücksichtigt mußten die Löhne bleiben, welche die Klempner in den Konservenfabriken, die Schlosser, Dreher und Schmiede in den Werkzeugbuden der Zuckerraffinerien, der Zutepperei verdienen. Es sind also die verhältnißmäßig besten Betriebe, welche die Aufnahme umfaßt und, wollte man die Durchschnittslöhne nach dem Vorstehenden berechnen, so würden diese viel zu hoch ausfallen.“

In unserer Zusammenstellung figuriren als höchste und niedrigste Löhne bei der Durchschnittsberechnung sowohl wie bei den Maximal- und Minimalangaben die von dem Verfasser nach den einzelnen Geschäften aufgestellten, resp. berechneten Löhne. So zutreffend als diese für die betreffenden Geschäfte sein mögen, so wenig genau und exakt müssen sie natürlich für die ganze dortige Metallindustrie sein. Immerhin mögen die Stundenlöhne noch einigermaßen informativ für die Lohnverhältnisse in der Braunschweiger Metallindustrie sein. Auf die Details der einzelnen Geschäfte konnte hier natürlich nicht eingetreten werden; wer sich dafür besonders interessiert, kann bei der Agitationskommission der Metallarbeiter Braunschweigs die Broschüre um 20 Pfg. beziehen.

Aber selbst wenn die Löhne in unserer Tabelle ganz zutreffend wären, so könnte daraus von Fernstehenden doch kein Schluß auf die wirtschaftliche Lage der Braunschweiger Metallarbeiter gezogen werden, weil alle Angaben über die Kosten der Lebenshaltung fehlen, welche man aber kennen muß, um bei Kenntniß der Lohnhöhe beurtheilen zu können, ob die betreffenden Arbeiter wirtschaftlich schlecht oder besser situiert sind. Es gehörte ferner dazu aber auch die Kenntniß der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Krankheitsstage etc. Sodann fehlt endlich die Kontrolle der Lohnangaben durch eine Stichprobe auf Grund der in den Fabriken geführten Lohnbücher. Vielleicht könnte mit dem gleichen Material, auf Grund dessen die 7 Tabellen aufgestellt wurden, noch eine übersichtliche und auch für den Fernstehenden brauchbare Lohnstatistik der Braunschweiger Metall-Industrie angefertigt werden.

Es erübrigt noch das Kapitel über das Lehrlingswesen. Dasselbe ist nach der Broschüre als gesteigertes Ausbeutungssystem hauptsächlich in den kleineren Geschäften üblich. So kommen in einer Schlosserwerkstatt auf 4 Gehilfen 7 Lehrlinge, in einer andern auf 3 deren 5, in einer dritten auf 1 3, in einer vierten auf 11 6 usw. Sonst steht die Zahl der Lehrlinge in einem annehmbaren Verhältniß zu der Zahl der Gesellen.

Die Lehrlinge lernen 3 bis 4 Jahre und verdienen im ersten Jahr 2 bis 3 Mk., im zweiten 4,50 Mk., im dritten 4 bis 6 Mk. die Woche; in Ausnahmefällen bekommen sie nur Kost und Logis.

Wir haben den Enquetebericht einen Musterbericht für Fabrikinspektoren in unserer Artikelüberschrift genannt, weil er in Bezug auf die Beleuchtung, Beheizung und Luftbeschaffenheit, die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die Schutzvorrichtungen und die Wohlfahrts-Einrichtungen mit seinen Darstellungen höher steht, als die meisten — nicht alle — Berichte der Fabrikinspektoren, die häufig viel zu sehr unternehmerfreundlich und zu geringfügig gegenüber den Arbeitern sind und denen ebenfalls häufig die elementarsten sozialpolitischen Kenntnisse fehlen, wie ihnen auch das Bewußtsein abgeht, daß das Fabrikinspektorat eine eminent sozialpolitische Einrichtung zum Schutze der Schwachen gegen die Gewissenlosigkeit und die rückwärtslichtlose Ausbeutungswuth der Unternehmer ist.

Daß der Enquetebericht auch seine Mängel hat, namentlich bezüglich der Lohnstatistik, ist bei den unzulänglichen Mitteln, welche der organisierten Arbeiterschaft für eine solche Enquete zur Verfügung stehen, geradezu selbstverständlich. Trotzdem sind aber die positiven Ergebnisse, wie dies im Vorwort der Broschüre sehr richtig betont wird, größer als die Mängel und auch der ausgesprochene Zweck wird erreicht werden, nämlich der, daß der Enquetebericht die Organisationen zur Nachahmung anregen will, vor allem die Organisationen der Metallarbeiter anderer Städte, wodurch ein bedeutender Schritt in der Richtung der Kenntniß der Arbeiterverhältnisse Deutschlands nach vorwärts gemacht werden würde. Es ist eine unbestreitbare Aufgabe der Organisationen, die Zustände in den Fabriken und Werkstätten aus Sicht zu ziehen; einmal, um dadurch Abhilfe zu schaffen und dann, um die Arbeit zu leisten, deren Ausführung sich die gewerblichen Organisationen selbst vorgenommen haben: Die Sammlung statistischer Daten über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter... Sache der übrigen Organisationen wird es sein, den geringen Bruchtheil von Wissen, den uns diese Aufnahme über die Arbeitsverhältnisse überhaupt bietet, durch thätige Mitarbeiterthätigkeit an der großen Aufgabe einer allgemeinen Statistik zu einem Gesamtbild zu vervollständigen.

Möge nun dieser Wunsch auch in Erfüllung gehen.

Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1895 in der Schweiz.

Wie in Deutschland und anderwärts, so war auch in der Schweiz das vergangene Jahr reich an sozialen Kämpfen. Dieselben haben nun in der Schweiz auch einen Geschichtsschreiber gefunden im Arbeitersekretariat, das seinen Jahresberichten eine übersichtliche Darstellung der im Berichtsjahre vorgekommenen Kämpfe als Anhang beigibt. Darnach kamen im Jahre 1895 94 Lohnkämpfe vor, wovon 55 Lohnbewegungen, 33 Streiks und 6 Aussperrungen waren. Von den erstern verliefen 30 günstig, 13 theilweise günstig und 12 ungünstig; von den 17 Angreiffstreiks waren 8 günstig, 4 theilweise günstig und 5 ungünstig; von den 16 Abwehrstreiks hatten 7 ganzen, 1 theilweisen, 8 gar keinen Erfolg und die 6 Aussperrungen verliefen ohne Ausnahme zu Ungunsten der Arbeiter.

Aus der Metallbranche sind zunächst die großen Kämpfe in der Uhrenindustrie zu erwähnen, in der 4 Streiks

und 3 Aussperrungen vorgekommen sind und woran mehrere Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen theilhaftig waren. Von den 4 zur Abwehr unternommenen Streiks hatten 3 ganzen und 1 theilweisen Erfolg; bei den 3 Aussperrungen unterlagen dagegen die Arbeiter. Die Mechaniker hatten 1 Lohnbewegung und 1 Abwehrstreik; erstere endete mit Erfolg, letzterer mit der Niederlage der Arbeiter. Die Schlosser erzielten in 1 Lohnbewegung Erfolg, in 1 andern zogen sie dagegen den Kürzeren und das Gleiche erlebten mit ihren 2 Lohnbewegungen die Schmiede und Wagner, welche in 1 Fall gewonnen, in 1 andern dagegen verloren haben. Die verschiedenen Gewerbe überhaupt partizipirten an den Kämpfen in folgendem Maße:

Table with 4 columns: Gewerbe, Lohnbew., Streiks, Aussperrung. Rows include Buchdrucker, Andere graph. Gew., Steinhauer, Maurer, Dachbeder, Erbarbeiter, Zimmerleute, Schreiner, Glaser, Maler, Uhrenarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Mechaniker, Schlosser, Schmiede u. Wagner, Posamentierer, Bierbrauer, Küfer, Eisenbahner, Verschiedene.

Die meisten Kämpfe hatten demnach die Schneider, sodann die Schreiner, die Uhrenarbeiter, die Erbarbeiter; dann folgen die Glaser, Eisenbahner, Küfer, Posamentierer und Buchdrucker und schließlich die andern Gewerbe.

In örtlicher Beziehung vertheilen sich die 94 Fälle wie folgt: Zürich 18, Bern 15, Biel-Grenchen 11, Basel 10, St. Gallen 6, Genf 5, Luzern 5, Winterthur 2, Freiburg 2, übrige Orte 20.

Die größten Kämpfe des Jahres waren die der Eisenbahner, die ihre Bewegung bis in das letzte Frühjahr herüberzogen, der Posamentierer, Uhrenarbeiter, Brauer und Glaser. An der Bewegung der Eisenbahner, die bekanntlich mit Erfolg, wenn auch nicht mit vollbefriedigtem, endete, waren ca. 20 000 Personen theilhaftig; an der Posamentierbewegung in den beiden Kantonen Baselstadt und Baselland nahmen 8500 Personen, wovon 6700 weibliche, Theil; an der Uhrenarbeiterbewegung etwa 2000, an derjenigen der Brauer ca. 1000 und der Glaser etwa 200. Die Uhrenarbeiterbewegung war aus einem indirekten, aber planmäßigen Kampfe der Unternehmer gegen den Uhrenarbeiter-Verband und aus einem gewissenlos geübten schändlichen Erndtsystem hervorgegangen und endete nach langem, vielwöchentlichem Kampfe zwar nicht mit der formellen, aber faktischen Niederlage der Arbeiter. Der Verband wurde so erschüttert, daß er sich seitdem nicht wieder zu erholen vermochte und er sogar aufgelöst wird. An seine Stelle sollen selbständige Verbände der verschiedenen Branchen der Uhrenindustrie treten. Dies bedeutet zugleich einen Sieg des den Belieben in Fleisch und Blut übergegangenen Federalismus über den Zentralismus.

Die 4 nicht ungünstig für die Arbeiter verlaufenen Streiks betrafen einzelne, meist kleinere Fabriken.

Die Posamentierbewegung war besonders erfreulich und das gewaltige, massenhafte Aufsteigen der gedrückten Seidenweber ein schönes Seitenstück zu dem

zweijährigen Kampfe der Konfektionsarbeiter in Deutschland. Gefordert wurde der Zehnstundentag, Minimallohn von 4 Fr. in Baselstadt, von 3,50 Fr. in Baselland. Unter Vermittlung eines Mitgliedes der baselstädtischen Regierung wurde der Minimallohn anerkannt, der Zehnstundentag aber abgelehnt und heute ist aber auch von erstern kaum viel mehr als die schöne Erinnerung vorhanden. Der Mangel einer starken Gewerkschaft und der Mangel an ausdauernder Energie der Seidenarbeiter, aber auch die inzwischen in der Basler Seidenbandindustrie eingetretene wirtschaftliche Krisis verschulden den nach so kurzer Zeit wieder eingetretenen Verlust des Gewonnenen.

Die Brauer gelangten in diesem Frühjahr zu nicht unbedeutenden Erfolgen, die aber in den letzten Monaten bereits, wenigstens zum Theil, wieder verloren gingen. Die mangelnde gewerkschaftliche Schulung und Disziplin der Brauergesellschaften trägt daran die Schuld. Gegenwärtig ist über eine große Zahl Dingbrauereien in der Schweiz der Bohlott seitens der gesammten organisierten Arbeiterschaft verhängt; er scheint aber schlecht eingehalten zu werden und bis jetzt noch wenig empfindlich gewirkt zu haben.

Die Glaser endlich, welche wegen schwarzer Listen der Meister in Zürich in den Streik eintraten, dem sich die Aussperrung in St. Gallen und Winterthur angeschlossen und wobei es sich um den Arbeitsnachweis und die Fachvereinsorganisation handelte, mußten ihre Bewegung im Sande verlaufen sehen. Heute aber steht ihre Organisation und der Arbeitsnachweis bereits wieder auf der früheren Höhe und den Schaden vom ganzen Kampfe haben im Grunde genommen die kleinen Glasermeister davon getragen. Genosse Greulich, der Arbeitersekretär, sagt darüber: „Dem Berichterstatter wurde von Glasermeistern selbst versichert, daß der Streik ihr sonst so blühendes Gewerbe ungemein geschädigt habe, indem er den großen Maschinenwerkstätten ein neues Uebergewicht über die kleinen Werkstätten verschaffe, die ihnen die Stunden weggenommen haben zu einer Zeit, als sie des Streikes wegen nicht leistungsfähig waren. Es haben sich auch keineswegs die Maschinengeschäfte an der Aussperrung theilhaftig, sondern sich im Allgemeinen mit ihren Arbeitern auf guten Fuß gestellt.“

Die Entwicklung und der Einfluß der Maschinengeschäfte wird sich fühlbar machen erst dann, wenn einmal die außerordentliche Banthätigkeit nachläßt, alsdann werden die Glasermeister einsehen, daß sie besser gethan hätten, mit ihren Arbeitern friedlich abzumachen.“

Der Fall zeigt klar, wie die großen Unternehmer den Vortheil davon haben, wenn die kleinen Unternehmer mit ihren Arbeitern Krieg führen. Der offene Klassenkampf führt zur Vernichtung der kleinen Betriebe, zur Stärkung der großen und damit zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Was speziell die Kämpfe der Metallarbeiter betrifft, so betraf der erste die eidgenössische Waffenfabrik in Bern. Die Arbeiter waren in einer sozialdemokratischen Gewerkschaft und in einer von der Geschäftsleitung pousirten Bereinigung organisiert, die sich beide zum Gaudium der Segner heftig betheiligten. Nun kam die Direktion mit einer Lohnreduktion und sie wurde damit zu jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die beiden feindlichen Brüder versöhnten sich nämlich, verschmolzen die beiden Organisationen zu einer und nahmen nun gemeinschaftlich gegen die Direktion Stellung, die unter den nun veränderten Umständen von der Lohnreduktion absehen mußte. Der Vorgang ist so lehrreich, daß er aller Orten den in mehrere Lager gespaltenen Arbeitern zur Be-

herzigung nicht dringend genug empfohlen werden kann.

In der Belofabrik Harman in Zürich brach ein Streik aus wegen schlechter Behandlung der Arbeiter. Der Geschäftsinhaber soll den Arbeitern das Trinkwasserholen verboten haben. Ueber den Ausgang der Arbeitseinstellung war nichts Näheres zu erfahren.

Etwa 80 Schlosser in Bern stellten folgende Forderungen: Vor Sonn- und Feiertagen eine Stunde früher Feierabend, Minimallohn von 4,50 Fr., Versicherung gegen Unfall, Zuschlag für Ueberstunden und für auswärtige Arbeit, Abschaffung der Akkordarbeit, freies Vereinigungsrecht. Der Minimallohn wurde verweigert, dagegen die Abschaffung der Akkordarbeit bewilligt, Zulagen für Ueberstunden und auswärtige Arbeit zugestanden, für erstere mindestens 25 Prozent. Der 1. Mai ist freigegeben, das Vereinsrecht gewährleistet. Der frühere Feiertag wurde nur gegen Abzug der versäumten Zeit zugestanden. — Bemerkenswerth ist in diesem Falle die erzwungene Abschaffung der Akkordarbeit, an deren Stelle allerdings der Minimallohn hätte treten sollen; ohne denselben ist die Tagelohnarbeit kein gleichwerthiger Ersatz für die abgeschaffte Akkordarbeit. Vielleicht erringen die Berner Schlosser den Minimallohn in einem zweiten Anlauf.

Die Schmiede und Wagner in Zürich, die im Jahre 1894 mit ihren Forderungen unterlagen, hatten im Berichtsjahre mehr Glück. Ihre bescheidenen Forderungen wurden diesmal wenigstens diskutiert und schließlich der Zehnstundentag und die Freigabe von Kost und Logis bewilligt, der Minimallohn von 4 Fr. dagegen abgewiesen.

In Zürich wandten sich die Schlosser an ihre Meister um Lohnerhöhung. Sie forderten 15 Prozent mehr Lohn und 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, am Samstag eine Stunde früher Feierabend. Die Meister erklärten, erst beim schweizerischen Schlossermeisterverband anfragen zu müssen, aber es verstrich über ein Vierteljahr und eine Antwort lief nicht ein. Als die Arbeiter wieder anfragten, wurden die Forderungen abgewiesen; die Organisation war zu schwach, um den Kampf aufzunehmen und so wurde die Seltenmachung der Forderungen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben.

Ebenso erfolglos verlief die Bewegung der Schmiede in Freiburg. Sie verlangten zwar nur den Elfstundentag, wie er in einzelnen Geschäften der Stadt bereits bestand, bei gleichem Lohn; aber auch dieses bescheidene Verlangen war den Meistern noch zu viel und wurde verweigert. Die Arbeiter glaubten auch bei einem Streik nichts zu erreichen und stellten die Unterhandlungen ein. — In diesem Jahre nun haben die Schmiede in Freiburg nach längerem Streik ihre Forderungen durchgesetzt.

In seinen Schlussbetrachtungen verbreitet sich Greulich über die ungewöhnliche Aufregung als Begleitercheinung aller Streiks, woraus auch eine arge Entstellung selbst klarer Thatsachen auf beiden Seiten folgt. „Zu einer unbefangenen Untersuchung nimmt sich Niemand die Zeit. Man muß das wiederholt selbst erlebt haben, um es mit aller Bestimmtheit aussprechen zu können. Höchst selten trifft man eine Uebereinstimmung in den Berichten über Thatsachen. Das liegt nun eben in dem verschiedenartigsten Gesichtspunkt der Beobachter. Von den unmittelbar Theilhaftigen Objektivität zu verlangen, wäre Wahnsinn. Aber deren Uebertreibung überträgt sich, — und zwar bei uns (in der Schweiz) mehr als anderswo, — auch auf die Klammgenossen und verengt deren Gesichtskreis. Der Arbeitersekretär, der in der Beurtheilung solcher Fälle

auf Erfahrung verweisen kann, muß es hier als seine innerste Ueberzeugung aussprechen, daß diese Beeinflussung der Auffassung von Thatsachen bei den Unternehmern und bei ihren Interessen dienenden Presse stärker ist, als bei den Arbeitern und ihrer Presse.

„Gewiß, das Auffassungsvermögen der Arbeiter ist in Fällen des Kampfes noch sehr oft getrübt, sie überschätzen oft in ihrem wohlberchtigten Drange die eigene Macht und unterschätzen die Macht der Gegenpartei, sie ergreifen ebenfalls oft unzumutbare Mittel und sind dann erstaunt und erbittert, wenn sie einen Widerstand finden, den sie nicht vernutheten. Aber die Unternehm. haben sich auch viel zu sehr in den Gedanken verrannt, daß alle Arbeiterforderungen nur dem Uebermuth der Arbeiter und dem „Gegensatz und Wühlen“ entstammen, sie empfinden die Zirkulare von Arbeiterkomitees allzuoft, ja fast in der Regel, wie eine persönliche Ehrverletzung, während sie sich geduldig bücken, wenn ein „Geschäftsfreund“ ihnen schreibt, daß er zum bisherigen Preise keine Waare mehr abnehmen könne oder daß der Wechselkurskonto um 1 Prozent gestiegen sei zc. Natürlich gilt dann jede weitere Handlung der Arbeiter nur als verstärkte Fortsetzung der vermeintlichen Ehrenkränkung, wird falsch aufgefaßt und beurtheilt.“

Grenlich bespricht sodann noch die berühmte Berichterstattung der bürgerlichen Presse über die Arbeiterversammlungen. Er sagt sehr richtig: „Ueber erregte Versammlungsdebatten zu berichten, d. h. das zu berichten, was der eigentliche Hauptgedanke der Redner war und nicht die mehr oder weniger ungeschickten Nebenumstände, das ist nicht leicht. Aber diese schwierige Arbeit liegt bei uns meist in den Händen von Leuten, die ihr nicht von Ferne gewachsen sind und die den Mangel an Verständniß durch tendenziöse Ausschmückung der Berichte ersetzen. Erstaunlich dabei ist nur, daß die gebildeten Redaktoren solche Berichterstattung als lautere Wahrheit betrachten oder doch dergleichen vorgeben.“ — Nun, dieses „Räthsel“ findet seine einfache Erklärung darin, daß das sozialpolitische Verständniß der Redakteure auf der gleichen Höhe mit dem ihrer Berichterstatter steht und daß das perfide Bewußtsein der ernstesten Vorgänge, die Entstellung der wichtigsten Ereignisse bei den Arbeitern durch die Berichterstattung ganz nach dem Geschmack der arbeitfeindlichen und dem Kapital vertriebenen Bourgeoisredakteure ist.

„Wenn die besitzende Klasse damit zufrieden ist, daß ihr ein falsches Bild über so wichtige Vorgänge im innern Leben der Gesellschaft vorgelegt wird, so ist das ihre Sache; sie dürfte die Selbsttäuschung eines Tages bitter bereuen. Der Berichterstatter, der Materialien für eine zukünftige Geschichtsschreibung sammelt — und mehr wollen unsere Darstellungen nicht sein — darf sich an solche Fälschung nicht halten.“

Leider hat Grenlich in seiner Darstellung keine Zahlen über die an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiter mitgetheilt — er hätte eben darüber Erhebungen machen sollen — und ferner den sechs Aussperrungen, welche für die Arbeiter ungünstigen Ausgang hatten, keinerlei Besprechung gewidmet. Letzteres wäre aber besonders wünschenswerth gewesen, da die Aussperrungen sich mehren und ihr regelmäßig ungünstiger Verlauf für die Arbeiter die ernsteste Beachtung dieser Kampfesart erheischt. Eine gründliche, von allen Seiten beleuchtete Darstellung der Aussperrungen ist nachgerade eine Nothwendigkeit, und wer diese empfindliche Lücke ausfüllt, erwirbt sich ein Verdienst um unsere Litteratur und um unsere ganze soziale Bewegung.

Vom englischen Gewerkschaftskongress.

Dem „Vorwärts“ wird unterm 9. September von seinem Londoner Korrespondenten geschrieben:

So weit sich bis jetzt übersehen läßt, nimmt der in Edinburgh versammelte Kongress der englischen Trades Unions einen Verlauf, mit dem die Sozialdemokratie nach Lage der Dinge ganz zufrieden sein kann. Allerdings hat er den Antrag des Mitgliedes der Independent Labour Party, W. Barnell, auf Streichung eines Passus im Bericht des parlamentarischen Komitees, der Zweifel an der Möglichkeit fernerer Beteiligung an allgemeinen sozialistischen internationalen Kongressen ausdrückte, mit 143 gegen 91 Stimmen abgelehnt, aber gleich darauf nahezu einstimmig einen Antrag von Tillet's von der Ind. Labour Party angenommen, der lediglich strengere Zulassbedingungen und eine, der englischen entsprechende Geschäftsordnung für die internationalen Kongresse verlangt und nach den Ausführungen Tillet's die Beteiligung an jenen Kongressen nicht abgebrochen wissen will. Milber konnte sich die fast unvermeidliche Reaktion gegen die bekannten Vorgänge auf dem Kongress kaum ankern.

Auch hinsichtlich der Stellung zum Sozialismus im Allgemeinen scheint der Edinburgher Kongress diejenigen Lügenstrafen zu wollen, die von ihm ein vernichtendes Pronunciamento gegen die sozialistischen Lehren vorherzusagen zu können glaubten. Möglich, daß er der Allesvergesellschaftungs-Resolution den Abschied gibt. Aber das wird, wie ich schon früher ausgeführt habe, mehr eine Abweisung utopischer Tendenzen und auf ihnen beruhender Taktik sein, als eine Abweisung der Grundideen des Sozialismus und praktikabler sozialistischer Reformen. In dieser Hinsicht war die Ansprache des Kongresspräsidenten John Mallinson typisch. Mallinson ist radikaler Stadtverordneter für Edinburgh und repräsentirt den Durchschnittstypus des heutigen Gewerkschafters. Seine Rede war den Sozialisten gegenüber sehr verständig gehalten. Er anerkannte ihre Verdienste um die Aufdeckung des Glens und um die Aufrüttelung der Arbeiter und des öffentlichen Bewußtseins. Aber der Weg zum tausendjährigen Reich sei ein weiter und könne nur Schritt für Schritt zurückgelegt werden. Die Gewerkschaften hätten noch viele Aufgaben zu erfüllen, bevor man sagen könne, daß ihre Rolle ausgespielt sei. Das solle indes nicht heißen, daß nicht auch eine politische Arbeiterpartei ihren großen Zweck habe. Eine solche könne viel Nutzen stiften. Nur solle sie außerhalb der Gewerkschaften bleiben, sich auf eine Thätigkeit neben ihnen beschränken. Die Gewerkschaften hätten ihre Größe und Bedeutung dadurch erlangt, daß sie Arbeiter aller politischen Richtungen aufgenommen und sich auf das allen Arbeitern gemeinsame Feld beschränkt hätten, und das müßte auch in Zukunft beibehalten bleiben.

Wie wenig diese Empfehlung des Ausschlusses der Parteipolitik aus den Gewerkschaften eine Abweisung der politischen Betätigung der Arbeiter für die Interessen ihrer Klasse heißen sollte, zeigt die ihr folgende Stelle der Präsidialansprache; dort erklärt Mallinson, daß die erste Vorbedingung zur Bildung einer selbstständigen Arbeiterpartei im englischen Parlament die Deckung der amtlichen Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln und die Zahlung von Diäten an die Volksvertreter sei, und empfiehlt den Arbeitern, diese Forderung bei der nächsten Wahl zum politischen Prästium zu machen, d. h. für keinen Kandidaten zu stimmen, der sich nicht auf sie verpflichte. Gleichviel, ob dies richtig, illustirt der Vorschlag die Auffassung der britischen Gewerkschaftler von der „Fernhaltung der Poli-

tiel“ aus ihren Reihen. Sie hat zu keiner Zeit Enthaltung von der Beschäftigung mit Fragen der Gesetzgebung bedeutet, sondern immer nur Fernhaltung von Fragen des engeren Interesses der politischen Parteien, und gerade darum würde auch die Ablehnung des sozialistischen Glaubensbekenntnisses in keiner Weise für die Stellung des Kongresses zu den praktischen Vorschlägen der Sozialisten maßgebend sein.

Gleich dem Bericht des parlamentarischen Komitees äußert sich auch die Präsidialrede sehr wegwerfend über das, was die konservative Regierung bis jetzt für die Arbeiter gethan hat. Sie drückt die Befürchtung aus, daß die von ihr angeforderte Haftpflichtvorlage die Erlaubniß der Nebenkontrakte enthalten werde, und erklärt, daß wenn man erwirken wolle, daß diese Kontrakte für ungesetzlich erklärt würden, es nöthig sei, vor Zusammentritt des Parlaments eine entsprechende Agitation zu entfalten. Nach einigen Bemerkungen über die Frage des gesetzlichen Achtstundentages und der Aufhebung, im Kampf für Verkürzung des Arbeitstages nicht darauf zu warten, bis ein allgemeines Achtstundengesetz erlassen werde, sondern die gewerkschaftliche Aktion neben der parlamentarischen, auf Erämpfung eines Achtstunden-Gesetzes zu betätigen, schließt die Rede mit einem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte und unabhängiger Besorgung der zur Hand liegenden Kleinarbeit. „Warten wir nicht auf auspekulierte Chancen für heroische Thaten, sondern bereiten wir uns auf sie vor!“

London, 12. September.

Das Schlimmste, was man dem nunmehr beendeten Trades-Unions-Kongress nachsagen kann, ist, daß auf ihm der Geist der Routine geherrscht hat. Es fehlte ihm das sensationelle Element, im guten wie im schlimmen Sinne. Er ist nicht so reaktionär gewesen, wie die Gegner des Sozialismus gehofft haben, und nicht so radikal, wie die Sozialisten gewünscht hätten. Die große Mehrheit des Kongresses hat es vorgezogen, den Mittelweg zu gehen. Sie hat es vermieden, gegen den Sozialismus Stellung zu nehmen und sie hat es abgelehnt, sich für seine letzten Ziele zu verpflichten. Ganz in dem Geiste der Rolle, die den Gewerkschaften überhaupt im Befreiungskampf der Arbeiter zufällt, hat sie sich für ein möglichst mögliches, den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragendes sozialistisches Programm erklärt. Und sie ist dabei so weit gegangen, wie die radikalste sozialdemokratische Partei bisher in ihren positiven Gesetzesvorschlägen zu gehen für angemessen gehalten hat.

Am Mittwoch, dem dritten Kongress-tage, sollte der Antrag auf Annullirung der berühmten Resolution des Kongresses von Norwich (Verstaatlichung — nationalisation — aller Produktions-, Vertheilungs- und Austauschmittel) zur Verhandlung kommen. Aber mit jener charakteristischen Abneigung des Engländer gegen bloßes Verneinen abstrakter Aufstellungen hatten die Antragsteller — der Gewerkschaften der Werksführer in mechanischen Werbereien — folgenden Zusatzantrag gestellt:

„Der Kongress ist der Meinung, daß es für die Erhaltung der Industriellen Großbritanniens von Wichtigkeit ist, den Grund und Boden, die Bergwerke, die Mineralien, die Bergzinsen und die Eisenbahnen zu nationalisieren und das Wasserversorgungs- und Beleuchtungsweisen, sowie die Pferdebahnen in Municipalbetrieb überzuführen, und beauftragt das parlamentarische Komitee, für dahingehende gesetzgeberische Maßregeln Sorge zu tragen.“ Als man jedoch daranging, die Reso-

lution zu debattiren, erklärte der Vorsitzende, daß er nur über den hier gegebenen Zusatz abstimmen lassen könne, da die Resolution von Norwich eine Instruktion an das in Norwich gewählte Parlamentarische Komitee gewesen sei und der Kongress jetzt, nachdem die Amtsperiode jenes Komitees längst vorüber, nicht noch nachträglich die verfallene Instruktion für nichtig erklären könne. Nach kurzer Debatte ergab sich der Kongress in diese Anordnung und da eine von sozialistischer Seite gestellte Resolution, die das Parlamentarische Komitee beauftragen wollte, „eine Gesetzesvorlage auf Nationalisirung des Grund und Bodens und der Produktions-, Vertheilungs- und Austauschmittel auszuarbeiten und baldigst im Parlament einbringen zu lassen“, in weiser Erkenntniß ihrer holden Sinnlosigkeit zurückgezogen worden war, stand lediglich der obige Ersatzantrag zur Debatte. Den meisten Sozialisten genügte er nicht, sie erblickten in ihm „nur eine fabianische Milch- und Wasserresolution“. Mangels eines radikaleren Antrages mußten sie aber trotzdem für ihn stimmen und so ward er mit 172 gegen 47 Stimmen angenommen. Nur die extreme Rechte des Kongresses, die nordenglischen Bergarbeiter, die Kesselbauer zc., die politisch zu den Liberalen halten, und einige sozialistische „Starrköpfe“ stimmten gegen ihn.

Gegen die ersteren — 211 gegen 34 Stimmen — erneuerte der Kongress die auf früheren Kongressen gefaßten Beschlüsse zu Gunsten eines allgemeinen Achtstunden-Gesetzes. Einstimmig gingen eine Reihe von Anträgen durch, die Erweiterung der Fabrikgesetzvorschriften, Verbesserung, resp. Verschärfung des Haftpflichtgesetzes, des Trudverbotes, strenge Durchführung der Vorschriften auf Zahlung angemessener Löhne bei Ausführung von Lieferungs-aufträgen für den Staat und ähnliche Maßregeln des Arbeiterschutzes verlangten. Ebenso Anträge zu Gunsten stärkerer Besteuerung der Grundwerthe, auf Verbesserung des Armengesetzes, auf Zahlung von Diäten für Volksvertreter. Dagegen fiel ein Antrag, eine Urabstimmung über die Frage vorzunehmen, ob die Gewerkschaften bereit seien, für einen Fonds zur Bestreitung der Wahlen von unabhängigen Arbeiterkandidaten eine Extrasteuer von 1 Penny vierteljährlich zu erheben, mit 136 gegen 62 Stimmen durch, weil man es für besser hielt, diese Angelegenheit den einzelnen Distrikten zu überlassen.

Zwei Anträge der Gasarbeiter-Gewerkschaft, die sich auf das Erziehungswesen und den Kinderschutz beziehen, gaben zu erneuten Kontroversen zwischen dem sozialistischen und dem liberalen Flügel des Kongresses Anlaß, doch zeigte sich bei näherer Betrachtung, daß es sich bei ihnen mehr um einen Streit über Worte und Methoden, als über die Sache selbst handelte. Im ersten Falle unterschied sich der „liberale“ Gegenantrag vom sozialistischen Hauptantrag nur dadurch, daß er die Hinweis auf die Entwicklung der ökonomischen Kräfte der Gesellschaft in der Richtung zum Kollektivismus wegließ und nur wie jener die Ausdehnung und Demokratisirung des Unterrichtswesens, sowie die Einführung der besten Resultate der Erziehungswissenschaft in den Volksschulen verlangte, „um der Jugend des Landes eine solche Erziehung zu geben, die geeignet ist, sie zu würdigen Bürgern einer genossenschaftlichen Republik heranzubilden.“ Dagegen spezialisirte der Gegenantrag die Aufgaben des Parlamentarischen Komitees für die Förderung dieser Reform genauer als der Hauptantrag. Er erhielt bei Handabstimmung 131 Stimmen gegen 115, die der sozialistische Antrag erhielt, während er bei Abstimmung nach Vertretungszahlen — „Partenabstim-

nung", wobei für je 1000 Mandatgeber eine Karte abgegeben wird — mit 614 000 gegen 325 000 Stimmen angenommen wurde. Der zweite Antrag der Gasarbeiter-Gewerkschaft gipfelte in der Forderung des Verbots der industriellen Arbeit von Kindern unter 14 und der Nachtarbeit von jungen Leuten unter 18 Jahren als „vorläufiges Minimum“. Er wurde bei Handaufheben mit 118 gegen 105 und bei Kartenabstimmung mit 394 060 gegen 353 000 Stimmen angenommen. Ein Antrag, das System der Kartenabstimmung wieder abzuschaffen, fiel schon bei Handaufheben mit nur 54 gegen 167 Stimmen durch, dagegen hatte ein Antrag von Dillies, daß bei Kartenabstimmung nur die Karten der jeweilig anwesenden Delegierten gezählt werden, mehr Glück. Er erhielt bei Handaufheben eine Stimme Mehrheit (123 gegen 122 Stimmen) fiel aber bei Kartenabstimmung mit 325 000 gegen 614 000 Stimmen durch. Im ganzen hat sich die Erregung über den neuen Abstimmungs-Modus bedeutend abgekühlt. Er hat unzweifelhaft seine Schattenseiten, aber die hat die Abstimmung nach Kopfzahl auch. Wo gleichartige Elemente zusammenkommen und wo Fragen allgemeinen Charakters behandelt werden, wird die letztere unbedingt vorzuziehen sein, wo aber über Fragen entschieden wird, die bestimmte Verpflichtungen einschließen, hat, bei einer so gemischten Körperschaft, wie sie der Gewerkschaftskongress ist, die Abstimmung im Verhältnis der Zahl der Vertretenen mancherlei für sich.

Noch sind von Beschlüssen zu verzeichnen: ein Antrag zu Gunsten eines Alterspensions-Gesetzes für alle Arbeiter; ein Antrag zu Gunsten der Ausdehnung des den Kohlen-Bergwerken vorgeschriebenen Systems der von den Arbeitern zu wählenden Wiegekontrollen auf alle Eisen- und Walzwerke; ein Antrag zu Gunsten von Amnestierung aller politischen Strafgefangenen und Neu-Unterjuchung des Falles der Verurteilten von Walsall durch den Staatssekretär des Innern behufs schleuniger Freilassung derselben; eine Resolution, die für alle häuslichen Angestellten eine gesetzliche Maximalarbeitszeit von 70 Stunden pro Woche verlangt, einschließlich 1 1/2 Stunden Sphäule pro Tag; eine Resolution, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Gesetzgebungen Europas baldigst die Hindernisse aus dem Weg räumen werden, die sich noch in vielen Ländern des Festlandes der freien Entfaltung der Gewerkschaften in den Weg stellen, sowie schließlich eine Resolution, die dem „tiefen Abscheu über die Ausschreitungen und Missetaten“ Ausdruck gibt, „welche eine fanatische und torrumwirte Regierung in Konstantinopel und Armenien provoziert hat“, und „alle christlichen und zivilisierten Regierungen Europas auffordert, die Wiederholung solch nichtswürdiger Srenel nichtam zu verhindern“.

Die Kündelung des Parlamentarischen Komitees ergab keine nennenswerte Veränderung. Das Gehalt des parlamentarischen Sekretärs wurde um 100 Pf. Erhöhung (von 200 auf 300 Pfund) erhöht, hauptsächlich um denselben in Stand zu setzen, seinen Hilfssekretär anständig zu bezahlen. Die Frage der Einberufung eines im Jahre 1898 abzuhaltenden internationalen Gewerkschaftskongresses wurde der Urabstimmung überwiesen.

Zu einigen Beschlüssen mehr speziellen Charakters, z. B. einer Resolution, die verboten wissen will, daß auf den Regierungswerken Arbeiten gelernter Handwerker (mechanic's work) Hilfsarbeitern übertragen werden, kommt ein Stück Zusage zum Ausdruck, und dies gilt auch bis zu einem gewissen Grade von den Beschlüssen, die Vertreter derjenigen Blätter, die in Nicht-Bereichsdruckereien hergestellt werden, nicht als Bericht-

statler zuzulassen. Einige bürgerliche Blätter haben darüber ziemlich lärm geschlagen und darauf verwiesen, welche großen Verdienste sich die Presse um die Erkämpfung der Bewegungsfreiheit für die Gewerkschaften erworben habe, und wie viel Dienste sie heute noch den Gewerkschaften leiste. Aber es sind dies meist gerade Blätter, welche auf diesen Titel am wenigsten Anspruch haben. Wesentlicher ist, daß der Antrag dadurch schon fast wirkungslos gemacht wird, daß die betreffenden Blätter, wenn sie es wollen, durch die Presseagenturen Berichte beziehen können, diesen Agenturen aber Vorschriften zu machen außerhalb des Machtbereichs des Kongresses liegt. Noch stärker spricht gegen die Zweckmäßigkeit des Beschlusses, daß er sich gegen Blätter richtet, die überhaupt nicht existieren würden, wenn die Parole „von Nicht-Gewerkschaftskreisen gedruckt“ auf das große lesende Publikum nennenswerten Eindruck machte. Wenn man nicht in der Lage ist, die Masse vom Kaufen jener Blätter abzubringen, dann ist es klüger, solche unwirksame Maßregeln, wie die Ausweisung der Berichterstatter, zu unterlassen.

Indes Mißgriffe aus Uebersehung der eigenen Machtmittel kommen auch anderswo vor. Im Ganzen hat der Kongress sich so gehalten, daß die Sozialdemokratie keinen Grund hat, mit ihm unzufrieden zu sein. Seine Beschlüsse kommen ihrem politischen Aktionsprogramm nahe genug. Der Schreiber dieses wenigstens würde es als keinen ungenügenden Vorzug betrachten, wenn die Gewerkschaften mit den politischen Parteien in Anträgen an die Gesetzgebung weiterfeierten und darüber ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigten. Eine Reihe von Anforderungen an die Gesetzgebung haben wenigstens Aussicht auf Verwirklichung, so lange nicht der leistungsfähigere Theil der Arbeiterkraft aus eigener Kraft den Weg für sie geebnet hat.

Alters- und Invaliditätsversicherung.

Unter dem Titel „Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung von Arbeiterversicherungs-gesetzen“ veröffentlicht der Reichsanzeiger vom 2. September einen aus vier Artikeln bestehenden Gesetzentwurf, denen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz als Anlage in derselben Form beigelegt ist, die es nach dem Entwurfe künftig erhalten würde.

Der Inhalt der vier Artikel beschränkt sich zumeist auf Uebergangsbestimmungen. Sie enthalten ferner die Bestimmung, daß durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde für das Gebiet des betreffenden Bundesstaates oder für dessen Theile angeordnet werden kann, daß die zur Durchführung der Invaliditätsversicherung errichteten Schiedsgerichte auch für die Unfallversicherung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, sowie bei dem die Unfallversicherung selbständig durchführenden Danbetriebe zuständig sein sollen.

Was die Abänderung der Invaliditäts- und Altersversicherung anbetrifft, so wird an den Grundlagen des Gesetzes nichts geändert mit einer einzigen Ausnahme und diese besteht darin, daß künftig jede Versicherungsanstalt dauernd mit einem Viertel der von ihr geleisteten Renten selbst belastet wird, während drei Viertel auf die Gesamtheit aller Träger der Versicherung vertheilt werden sollen. Jeder Versicherungsanstalt bleibt das bisher angehäufte Vermögen und dessen Verwaltung; auch fließen jeder Versicherungsanstalt die jährlichen Beiträge der in ihrem Bezirke versicherten Personen nach wie vor zu. Nun werden die künftigen Rentenzahlungen gegenüber den bisher gezahlten Beiträgen eine Verjüngung erfahren, die auf das fernere Anwachsen des Vermögens von Einfluß ist. Das Defizit verschwindet in denjenigen

Anstalten, bei denen ein solches bisher hervortritt; in allen Anstalten wird das Vermögen bis zum Beharrungszustande jährlich wachsen, die Zunahme wird aber in ihrer Höhe nicht mehr so erhebliche Unterschiede zeigen wie gegenwärtig.

Also die Darstellung in der Begründung. Die Maßregel liegt offenbar im Interesse der östlichen Provinzen mit einer vorwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die letzteren haben deshalb sehr viel mehr Altersrentner als die industriellen Bezirke und zwar namentlich in Folge der Uebergangsverhältnisse beim Inkrafttreten des Gesetzes, wonach alte Personen über 70 Jahre nach Lösung einer einzigen Marke rentenberechtigt geworden sind.

Das Vermögen der Versicherungsanstalten soll in größerem Umfang als bisher für die „Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und für andere Wohlfahrts-einrichtungen“ nutzbar gemacht werden können. Die Aufsichtsbefugnisse des Reichsversicherungsamtes sind schärfer gefaßt. Auch wird den Landeszentralbehörden die Genehmigung einzelner Beschlüsse der Ausschüsse und der Vorstände vorbehalten, insbesondere auch eine Mitwirkung bei Feststellung des Jahresetats. Es scheint also auf eine wesentliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten zu Gunsten der Bureaukratie abgesehen zu sein.

Das Marken-system als solches ist im Entwurf beibehalten worden, da, wie es in der Begründung heißt, eine die Beitragsmarke in eigener Eigenschaft als Quittung über die Beitragsleistung und als Nachweis für die Arbeitsdauer und die Lohnhöhe ersetzende und hierfür bequemere Einrichtung nicht in Vorschlag gebracht werden kann.

Auch die Rentenfestsetzung erleidet eine Veränderung. Es ist eine neue Lohnklasse eingerichtet worden in der Weise, daß die jetzige 4. Klasse mit 1150 M abschließt und eine 5. Klasse über 1150 M gelten soll. Die Altersrente und die Invaliditätsrente, die bisher verschieden waren, werden gleichmäßig behandelt. Bisher steigt der Grundbeitrag von 60 M, den die Versicherungsanstalt als Invalidenrente zu gewähren hat, mit jeder Beitragswoche in Klasse 1 um 2 J, in Klasse 2 um 6 J, in Klasse 3 um 9 J und in Klasse 4 um 13 J; für die Altersrente besteht kein Grundbeitrag, dagegen hat die Versicherungsanstalt zu dem Reichszuschusse von 50 M, der auch für die Invalidenrente zu zahlen ist, eine Rente zu gewähren, die für jede Beitragswoche, die der Rentenberechtigte geleistet hat, in der 1. Kl. 4 J, in der 2. Kl. 6 J, in der 3. Klasse 8 J und in der 4. Klasse 10 J beträgt. Nach dem neuen Entwurfe soll die Versicherungsanstalt sowohl für die Altersrente wie für die Invalidenrente zu dem Reichszuschusse von 50 M einen Grundbeitrag von 60 M leisten, der für jede Beitragswoche steigt und zwar in der ersten Klasse um 3 J, in der 2. Klasse um 6 J, in der dritten Klasse um 9 J, in der 4. Klasse um 12 J und in der neuen 5. Klasse um 15 J. Weiter bestimmt das gegenwärtige Gesetz, daß nur 1410 Beitragswochen in Anrechnung gebracht werden. Diese Bestimmung soll nach dem neuen Entwurfe wegfallen, so daß sämtliche thätig geleisteten Beitragswochen in Anrechnung kommen. Auf diese Weise ist die Möglichkeit für eine kleine Erhöhung der Renten geschaffen. Für die Invalidenrente ist allerdings die Veränderung so minimal, daß sie gar nicht der Erwähnung werth ist. Nur für die Altersrente tritt eine merkbare, allerdings immer noch ungenügende Erhöhung ein. Die niedrigste Altersrente beträgt nach dem bestehenden Gesetz 106 M jährlich und die höchste 191 M. Nach dem Entwurfe würde die niedrigste Altersrente unter Berücksichtigung der vor-

geschlagenen Abführung der Wartezeit 146 M und die höchste, theoretisch mögliche Rente 531 M betragen. Praktisch wird dieselbe wohl aber nur sehr selten oder überhaupt nie erreicht werden. Denn dafür ist die Voraussetzung, daß ein Versicherter vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 70. Lebensjahr ununterbrochen versicherungspflichtig ist und stets mehr als 1150 M verdient. Das ist natürlich so gut wie ausgeschlossen und es dürften selbst die bestbezahlten und bestbegünstigsten Arbeiter nicht viel über 450 M hinauskommen. Die Beiträge bleiben dieselben und sollen für die neue 5. Klasse auf 36 J bemessen werden. Die Wartezeit wird etwas abgekürzt. Jetzt beträgt sie für die Invalidenrente 235 Wochen und für die Altersrente 1410 Wochen; in Zukunft soll sie für die Invalidenrente 220 und für die Altersrente 1200 Wochen betragen. Eine kleine Veränderung erfährt die Definition des Begriffes Invalidität. Als invalide gilt jetzt, wer nicht mehr fähig ist, durch eine „seiner Kräfte und Fähigkeiten entsprechende“ Lohnarbeit einen Betrag zu verdienen, der entsteht, wenn man ein Sechstel des Lohnsatzes, der für die betreffende Klasse festgesetzt ist (§ 23 des gegenwärtigen Gesetzes) und ein Sechstel vom dreihundertfachen Tagelohne gewöhnlicher Tagelöhner zusammenrechnet. Das ist eine außerordentlich verwickelte Bestimmung, aber zugleich für die Arbeiter insofern sehr ungünstig, als ihnen auf Grund des Ausdrucks, „seiner Kräfte und Fähigkeiten entsprechend“ oft Arbeiten zugemuthet werden, die man ihnen thatsächlich nicht zumuthen sollte. Der neue Entwurf setzt nun einfach ein Drittel des ortsbüchlichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner an Stelle des gegenwärtig durch so komplizierte Rechnung zu ermittelnden Betrages und bestimmt, daß die Arbeit nicht bloß den Kräften und Fähigkeiten des Versicherten entsprechen, sondern auch seine Vorbildung und bisherige Berufstätigkeit billige Berücksichtigung finden muß.

Nochmals zu den „Quertreibern“.

In Nr. 37 des „Glück auf“ befindet sich ein längerer, das Verhalten des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber den Quertreibern seiner Mitglieder“ überschriebener Artikel, der eine Widerlegung unserer Ausführungen in Nr. 35 d. J. darstellen soll, der aber im Großen und Ganzen beweist, daß man unsern Artikel „Quertreibern“ nicht verstanden hat. Diese „Widerlegung“, die sich übrigens nur durch das Korrespondenzzeichen „A. M.“ insofern vortheilhaft von seinen Vorgängern unterscheidet, als sie die Redaktion des „Glück auf“ der Mühe überhebt, die Verantwortung dafür nachher von sich abzuschütteln, befagt ungefähr Folgendes: Der unterzeichnete Vorstand habe in einer zwei Seiten langen Entgegnung seine in dem „Quertreiber“-Artikel angegriffenen Mitglieder zu reinigen gesucht und seine Mitnignungsarbeit mit der Unterstellung begonnen, daß der Verfasser der „Quertreibern“ den „D. W. B.“ diskreditiren wollte. Sodann folgt eine Erklärung, daß dies nicht der Fall sei, sondern nur eine Erklärung von uns erwartet wurde, da nach einer solchen die Vorkommnisse in Erfurt sehr wahrscheinlich nicht zu verzeichnen gewesen sein würden. Weiter wird dem Deutschen Metallarbeiter-Verband das Recht abgesprochen, sich in die Organisationsbestrebungen des Centralvereins deutscher Formier zu mischen.

Der Verfasser geht dann auf die Vorkommnisse in Köln, Frankfurt, Ulm, Wolgast und München ein und impunit uns da Bestrebungen, die uns gar nicht in den Sinn gekommen sind. In Frankfurt sollen wir großmüthig gewesen sein, daß wir uns der Formier angenommen haben, den Ulmer Fall sollen wir als gleichbedeutend mit in den „Quertreibern“ aufgeführten Fällen ange-

*) Der Vorstand hatte die Absicht, wenigstens den Verwaltungen je ein Exemplar des „Glück auf“ Nr. 37 zur Orientierung zuzustellen, konnte dies aber nicht ausführen, da die Expedition des „Glück auf“ nicht mehr genügend Exemplare zur Verfügung stellen konnte. Zum Abdruck ist die „Widerlegung“ jedoch zu lang.

führt haben. Ebenso in Wolgast. Man impunität uns, wir verlangten von den Mitgliedern des Zentralvereins, daß sie uns fragen sollten, ob, wo und wie sie agitieren sollten und wehrt sich gegen unsere ausserprochene Vermuthung, daß die Unterstützung des Zentralvereins deutscher Formier nur ein Wurf mit der Wurde nach der Speckseite war. Schließlich aber redet der Verfasser etwas von einem Schermschreiben Briefe, dessen Verlesung in Frankfurt 1891 durch Dieblich „allgemeine Entrüstung“ hervorgerufen habe, und bindet dann seinen Lesern einen Bären über den Frankfurter Formierkongress auf. Zu seiner ganzen Erwiderung aber vermeidet der Verfasser den Nachweis für seine Behauptung (nicht nur Vermuthung, wie die Medaktion sich in ihrem „in eigener Sache“ überschriebenen Artikel in Nr. 36 des „Glück auf“ austrückte), daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband und seine Zeitung die Lieferung von Streibredern besorgt, bezw. ihr Vorschub leistet.

Zu der in Obigem inhaltlich kurz skizzirten Erwiderung in Nr. 37 des „Glück auf“ wollen wir nun in Kürze bemerken:

Auf die vom Verfasser angeführten Dinge des Frankfurter Kongresses wollen wir heute und hier nicht eingehen, sondern nur kurz konstatiren, daß in Frankfurt a. M. nicht über die Verlesung eines Schermschreibens an Dieblich „allgemeine Entrüstung“ entstand, sondern über ganz andere (s. Seite 58 und 71 des Prot.). Dieblich verlas einen Brief von Schern, worauf dieser kurz replizierte (s. S. 61 des Prot.) und damit war die Sache erledigt. Es wurde in Frankfurt nicht die Veröffentlichung eines Briefes schlechthin, sondern die Benennung eines Briefes in der angegebenen Weise deswegen gerügt, weil der Kongress in Weimar im Jahre 1890 die Vernichtung des Briefes beschloß, der Besitzer desselben sich dazu bereit erklärt, sie aber unterlassen hatte. Der Redner H. Gerich, jetzt in Hamburg) rügte den vom Besitzer des Briefes begangenen Vertrauensmißbrauch unter lebhafter Zustimmung des Kongresses. Wir bewundern also auch da wieder die Logik des „A. M.“-Korrespondenten, der uns aus diesem Vorwurfsmiss offenbar den Vorwurf der Inkonsequenz, allerdings ohne letzteres Wort zu gebrauchen, machen will.

Wir haben übrigens den Brief von Herrn Schwarz, der uns nur als Leiter des Zentralvereins deutscher Formier und damaliger Redakteur des „Glück auf“ interessirte, als Beweis dafür angezogen, daß selbst die Zeitung des Zentralvereins deutscher Formier es nicht verächtlich, entgegen der unseren Mitgliedern vorgeworfenen Praxis der „Beschimpfung und Verdächtigung“ in öffentlichen Versammlungen, unsere Organisation und deren Zeitung nicht öffentlich zu verdächtigen, so daß eine Widerlegung ausgeschlossen ist. Oder ist es keine Verdächtigung, wenn man behauptet, wir lassen trotz total leerer Kassen riesige Summen in unseren Abrechnungen aufmarschiren und streuen unseren Mitgliedern Sand in die Augen?

Bezüglich der Münchener Vorkommnisse verweisen wir auf unsere Erklärung zu der der Münchener Vertrauensleute in Nr. 38 d. Ztg.

Ebenso ist die Unterstellung, daß wir den Zentralvereinsmitgliedern das Recht zu agitieren abspreschen, lächerlich, man lese nur unsere Ausführungen bei Erwähnung des Ulmer Falles sowie bei Wolgast, und man wird, wenn man nicht ganz auf den Kopf gefallen ist, wohl begreifen, warum wir diese Fälle angeführt haben, deutlich genug ist dies dort gesagt. Hätten wir den Mitgliedern des Zentralvereins, wie „A. M.“ behauptet, das Recht zu agitieren schwindern oder absprechen wollen, so hätten wir sicher andere als folgende Worte gewählt: „Wir sind weit entfernt, den Zentralvereinsmitgliedern ihre Agitation für ihren Verband zu verargen, wir haben ja oben gesagt, daß wir von jedem organisirten Arbeiter verlangen, daß er für seine Organisation wirkt. Wenn wir dies Beispiel hier anführen, so thun wir dies nur, um die Behauptung des „Glück auf“, der „Zentralverein“ habe an Orten, wo die Errichtung von Branchenorganisation unthunlich ist, für unsern Verband gewirkt, zu illustriren. Wer weiß, wie schwer es ist, in kleinen Landorten die Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen und zusammenzuhalten, wird aus obigen Vorkommnissen den Werth der Behauptung des „Glück auf“ zu schätzen wissen.“ — Und an anderer Stelle bei Wolgast: „Wäre es wirklich an dem, was der „Glück auf“ behauptet, so hätte die Errichtung einer eigenen Verwaltung in Rücksicht auf die Größe der Stadt und das Vorhandensein einer Filiale des Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereins unterbleiben müssen. Diese Beispiele mögen genügen, um die Behauptung des „Glück auf“ mit seiner Agitation für unseren Verband“ auf ihren wahren Werth zurückzuführen.“

Ebenso ist es mit Frankfurt a. M., das wir nur benutzten, um darzutun, daß auch

dem Verfasser im „Glück auf“ Ueber-treibungen unterlaufen. Daß wir nun am Schluß unserer Ausführungen über die Frankfurter Verhältnisse erklärten, es sei bequem zu säen als zu ernten, läßt den Verfasser den Schluß ziehen, daß wir da an Keula gedacht haben mögen. Wir könnten hier die Antwort den Keulner und Musfener Genossen selbst überlassen, wollen aber nur feststellen, daß unterdessen, und zwar augenscheinlich zum Verdruß des Verfassers, in Keula sehr viel von unserer Saat ausgeht und nachher auch für uns aufgegangen ist. „A. M.“ mag sich nur in Keula, Berlin und Stottbus bei unseren Verwaltungen erkundigen.

Aber noch eins wollen wir nicht unterlassen besonders hervorzuheben, weil es ein Zugeständniß ist, das wir unseren Mitgliedern vor Augen führen wollen. Am Schluß seiner Ausführungen über Frankfurt a. M. gibt der Verfasser der von ihm vertretenen Organisation nachfolgende gute Empfehlung mit auf den Weg: „Aber muß es nicht sonderbar erscheinen, daß die Formier, wie der Verfasser (also wir) vorgibt, von den Metallarbeitern aufgerüttelt, nicht in den Verband der Metallarbeiter eintraten, sondern eine Zahlstelle der Formier gründeten? Es kann also mit dem Aufrütteln nicht weit her gewesen sein.“

Alles in Allem hatten unsere Ausführungen lediglich den Zweck, die Artikel „Quertreibereien“ und „Der Metallarbeiter-Verband als Lieferant von Streibredern“ des „Glück auf“ tiefer zu hängen und unter Ausführung von einzelnen Fällen darzutun, was unter Agitation seitens des Zentralvereins für unseren Verband zu verstehen ist. Sodann hatten wir nachzuweisen, daß ähnliche Dinge, wie sie uns bezw. unseren Mitgliedern vorgeworfen wurden, beim Zentralverein auch vorkommen. Diesen Nachweis haben wir erbracht und es genügt uns, aus dem „Glück auf“ entnommen zu haben, daß der Verfasser seine Behauptungen nicht hat beweisen können, und haben wir aus diesem Grunde durchaus keine Veranlassung, irgend etwas von unserer ersten Behauptung, daß es dem Verfasser lediglich um Diskreditirung unseres Verbandes zu thun gewesen ist, zurückzunehmen.

Von ganz besonderer Naivität zeugt aber die Auffassung des „A. M.“-Korrespondenten des „Glück auf“, daß wir unsere Entgegnung in Nr. 35 d. Z. geschrieben haben, „um unsere angegriffenen Mitglieder rein zu waschen“. Es beweist dies, daß der Verfasser seit 1891 nicht nur nichts gelernt, sondern sehr viel vergessen hat, sonst müßte er wissen, daß derartige Heibereien eine unausbleibliche Folge der Vorkommnisse nach dem Frankfurter Kongress gewesen sind. Nicht der Deutsche Metallarbeiter-Verband war es, der nach dem Frankfurter Kongress, die Beschlüsse desselben wünschend, eine Sonderorganisation der deutschen Formier schuf. Nicht wir waren es, die mit falschen Gerüchten über den Kongress kreben gingen und nur durch falsche Vorstellungen einige Formier zur Gründung des Zentralvereins geneigt machten. Und ebenso waren es nicht wir, die behaupteten, daß die Formier ihre Rechnung im Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht gefunden hätten, sondern die „Metzkühe der Metallarbeiter“ seien.

Da wir es nicht gewesen, die die Formier in zwei Lager gespalten haben, haben wir auch keinen Grund, uns oder unsere Mitglieder von den Angriffen des Verfassers zu reinigen, sondern höchstens einen weiteren Grund, dafür zu sorgen, daß die Entstehungsgeschichte des Zentralvereins deutscher Formier nicht in Vergessenheit geräth.

Der Vorstand des D. M. V.

Aus der Erwiderung von „A. M.“ in Nr. 37 des „Glück auf“ ersehen wir nun, worauf sich sein in Nr. 33 erhobener Vorwurf betr. Nichtaufnahme von Sperrnachrichten gründet. Während er aber in Nr. 33 ganz allgemein die Behauptung aufstellt, daß wir in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Notizen betr. Fernhaltung von Zugang, wenn es sich um Mitglieder des Zentralvereins handelt, nicht aufnehmen, sollen wir nun nur eine, im Juni aus Solingen uns zugesandte Notiz nicht aufgenommen haben. Dagegen haben wir einfach zu erklären: Wenn uns die Notiz zugegangen wäre, dann wäre auch die Aufnahme erfolgt, denn wir haben keinen Grund, die Solinger Mitglieder des Zentralvereins anders zu behandeln als die anderer Orte. Von nicht an ihre Bestimmung gelangenden Briefen scheint „A. M.“ noch nichts gehört zu haben.

Dem „A. M.“ sei ferner erwidert, daß wir es nicht sonisch, sondern natürlich finden, wenn sich Mitglieder des Zentralvereins an uns wegen Fernhaltung des Zugangs wenden. Komisch finden wir es nur (s. Nr. 35), wenn dieselben Leute (Schwarz etc.), die den Metallarbeiter-Verband als danklos hingestellt haben, der „in allen Fugen frack“ (s. Brief nach Ulm) nun die Unterhügung der Presse dieses „hilflosen“ Verbandes heißen“ (in ihrem Artikel in Nr. 33

des „Glück auf“). Von „A. M.“ wäre es natürlich zu viel verlangt, daß er den Unterschied begreifen sollte, der zwischen unseren Worten und seiner Unterstellung liegt.

Dann erdreißet sich „A. M.“ uns zu erwidern, daß die Majorität des Frankfurter Formierkongresses gefälscht gewesen sei. Nein, mein Bester, das ist gemeiner Schwundel, der 1891 schon von den Gründern des Zentralvereins zu dem Zwecke ausgeheckt wurde, um ihr Vorgehen zu demanteln. So steht die Sache. Wir haben das i. Z. in der „Metallarbeiter-Zeitung“ (siehe Jahrgang 1891, Nr. 30, 32, 33, 34 etc.) auch ausführlich dargelegt. Wer sich für die Gründungsgeschichte des Zentralvereins interessiert, der möge es dort nachlesen.

Weiter uns mit der Erwiderung des „A. M.“ zu befassen, haben wir keine Veranlassung mehr.

Red. der „M.-A.-Ztg.“

Verbands-Kollegen!
Vergeßt die Arbeitslosen-Statistik nicht!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Da nunmehr wieder die Entlassungen vom Militär stattfinden, verweisen wir wegen der etwa daran betheiligten früheren Verbandsmitglieder auf § 9 Abs. 3 des Statuts. Hiernach gelten diese Mitglieder für die Dauer ihrer Militärzeit für ausgeschieden und können, sofern sie sich innerhalb 14 Tagen bei einer örtlichen Verwaltung oder dem Vorstand melden und sich bei ihrem Einzug zum Militär ordnungsgemäß abgemeldet haben, ohne Weiteres in ihr früheres Verhältnis zum Verband treten. Für die Ortsverwaltungen verweisen wir auf die diesbezüglichen Ausführungen auf Seite 25 und 26 des Verbandsreglements.

Wir eruchen die Verwaltungen, um eine schnelle und thätigste Unterstützung der zahlreichen jetzt stattfindenden Kämpfe zu ermöglichen, alle irgend entbehrlichen Geldbestände umgehend nach hier einzusenden.

Sodann eruchen wir diejenigen Verwaltungen, die über die Protokolle von der 2. ordentlichen Generalversammlung noch nicht abgerechnet haben, dies umgehend zu thun, andernfalls wir deren Namen so lange veröffentlicht werden, bis die Abrechnung erfolgt ist.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 92278 der Metallarbeiterin Marie Krüschnik, geb. zu Berlin am 1. Juli 1873.
- 97407 des Drehers Anton Protsch, geb. zu Budapest am 2. Juni 1866.
- 121671 des Drehers Julius Wichmann, geb. zu Bunow am 14. Sept. 1875.
- 133549 des Schlossers Christian Dannhorn, geb. zu Hof a. d. E. am 1. Juni 1863.
- 147201 des Formiers Otto Bernsdorf, geb. zu Berlin am 7. Dezbr. 1858.

Die Verwaltung in Bremen macht hierdurch auf den Kleinpner Julius Herberg aus Clause aufmerksam, weil derselbe während seines Aufenthaltes in Bremen verschiedene Kollegen um ihm gegebene Darlehen, sowie auch seinen Logiswirth um die Miete etc. prellte.

Gegen das Mitglied Joh. Kreis, geb. zu Gassel, ist seitens der Verwaltung in Würzburg ein Ausschlussantrag eingereicht worden und derselbe damit begründet, daß Kreis in der ihm zugehörigen Fabrik einem Werkführer seine Nebenkollegen wegen angeblich gegen denselben gemachter Bemerkungen benutzte wollte. Da uns die Adresse des Kreis unbekannt ist, fordern wir ihn hiermit auf, sich gegen diese Vorwürfe zu rechtfertigen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Hedwigsstraße 160/1,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Kleinpner.

Düsseldorf. In Folge Differenzen und Mangelung von Verbandskollegen in dem Emalirwerk „Weißmüller“ ist der Zugang von Schwarzblechkleinpneru streng fern zu halten, da Aussicht auf Erfolg unserer gestellten Forderungen vorhanden ist. Ausführlicher Bericht folgt.

Metall-Arbeiter.

Altona. Situationsbericht. Nachdem wir seit geraumer Zeit den Status dieses Blattes nicht in Anspruch genommen haben, ist es wohl an der Zeit, wieder etwas von uns hören zu lassen. Allerdings darf man nicht glauben, daß wir in Bezug auf Agitation unsere Pflicht nicht erfüllen, haben wir doch durch mündliche Agitation während des letzten halben Jahres rund 170 Mitglieder zugenommen. Auch sonst thut die Verwaltung ihre Pflicht, indem sie sich bemüht, die Versammlungen durch Vorträge etc. möglichst interessant zu gestalten. Ebenso suchen wir uns die Mitglieder zu erhalten, indem schon seit langer Zeit das Kolportagewesen in Verbindung mit der Kasirung der Beiträge geregelt ist, sodas man glauben möchte, in Altona müßte die beste Zahlstelle sein. Aber weit gefehlt! Trotzdem die Verwaltung den Mitgliedern das Möglichste bietet, trotzdem wir eine ausserlesene Bibliothek sowohl als auch einen gut funktionirenden Arbeitsnachweis haben, legen die Mitglieder doch kein so reges Interesse an den Tag, wie es wünschenswerth wäre. Wenn man bedenkt, daß die Metallarbeiter Hamburgs und der Umgegend auf das herlichste Arbeitsnachweiskureau der Eisenindustrie angewiesen sind, wenn man sieht, wie diese Arbeiter wie eine Herde Samen in dieses Bureau strömen, wie sie selbst bei strömenden Regen den Platz vor dem Bureau nicht verlassen, dann fragt man sich vergeblich, wie ist es möglich, daß diese Arbeiter der ehemaligen Hochburg der Arbeiterbewegung ihrer Organisation so wenig Interesse entgegenbringen? Umso mehr als die Lohnverhältnisse im Verhältnis zur Lebenshaltung doch schlechte zu nennen sind. Denn Löhne von 3 M bis 3,50, wohl auch noch weniger pro Tag sind es, welche jenen Arbeitsnachweiskäuern geboten werden, ganz abgesehen von der wenig rücksichtsvollen Behandlung, welche ihnen von Seiten der Schreiber des Arbeitsnachweises zu Theil wird. Es wäre doch endlich einmal an der Zeit, daß die Hamburg-Altonaer Arbeiter sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufraffen (umso mehr als sich die Verhältnisse hier auch etwas zu bessern scheinen) und nicht wie bisher erst dem Verbandsbeitreten, wenn sie von der Agitationskommission herbeigeholt werden, um dann, sobald dieselbe den Rücken wieder gewendet hat, die Sache wieder einschlagen zu lassen. Kollegen von Altona, bedenkt doch, was Ihr durch eine derartige Handlungsweise der Orts-Verwaltung für eine Arbeit aufhäuft, ohne Euch nur den geringsten Vortheil zu verschaffen. Zeigt, daß Ihr noch nicht auf das Niveau gesunken seid, wo Ihr der Versumpfung anheim fällt, sondern rafft Euch auf zu gemeinsamem Handeln zu Mut und Frommen der Gesamtheit. Ebenso fordern wir von allen organisirten Kollegen, daß sie nicht erlahmen in der Agitation, daß sie ferner fleißig die Versammlungen besuchen, damit der Referent nicht vor 40 Mitgliedern sprechen muß, während doch der Zahlstelle 450 angehören. Schließt Euch so eng wie möglich zusammen, indem wir möglich Alle in jeder Versammlung anwesend sind. Dann wird es auch nicht ausbleiben, daß Ihr Lust und Liebe zur Agitation bekommt, was zu Eurem und zum Segen für die Gesamtheit ist.

Bergedorf. In der letzten Versammlung erstattete Kollege Dedert Bericht über die Verhandlungen des Gewerkschaftskartells. Der 2. Punkt: Vorklesung, wurde wegen der am selben Abend stattfindenden Volkerversammlung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Stützungsfest: Beschlossen wurde, am 31. Oktober bei Guth in einem Ball abzuhalten. Eintrittspreis 1 M. Es wurden 9 Mann ins Festkomitee gewählt und zwar die Mitglieder: Diesner, Frank, Erne II, Dedert, Uhlmann, Ahlers, Glasen, Doulens, Reich. Bei „Beschickenes“ wird auf Antrag von Dedert beschlossen, für die Flensburger ausgesperrten Werftarbeiter Sammellisten herauszugeben. Kollege Zwiesler rügt es, daß an einem Abend 2 Versammlungen stattfinden und beauftragt die Delegirten zum Kartell, dieses dort bekannt zu geben. Nachdem der Vorklesung darauf hingewiesen, daß die nächste Versammlung des Oktoberfestes des hiesigen Wahlvereins wegen erst am 10. Oktbr. statt am 3. Oktbr. stattfindet, erfolgte Schluß.

Cannstatt. Mißstände, wie sie in der Dreherei der Daimler'schen Motorenfabrik gang und gäbe sind, veranlassen uns zu öffentlicher Besprechung, umso mehr, als zwei dort beschäftigte organisirte Kollegen den

Muth hatten, gegen dieselben anzukämpfen, als Antwort darauf aber einfach ihre Kündigung erhielten. Während in der Schlosserei und Montierung das Affordsystem in Anwendung kommt, ist in der Dreherei durchweg Afford eingeführt. Es wäre dies nichts Auffallendes, wenn die Affordpreise allgemeine wären und nicht, wie dies thatsächlich der Fall, der Arbeiter, der es versteht, sich bei dem Herrn Drehermeister beliebt zu machen, für denselben Artikel mehr bekäme als Derjenige, dem die Schmeichelei zuwider ist. Der Drehermeister weiß es so einzurichten, daß man ihn nicht gut bekommen kann. Er schreibt den Drehern nach Monatslohn einfach den Affordpreis nach seinem Gutdünken ein; kommen die Leute damit heraus, so zieht er ihnen einfach das nächste Mal ohne Weiteres ab; reklamieren sie, nun dann haben sie nicht genug gearbeitet. So war es z. B. schon der Fall, daß ein Arbeiter für einen Artikel 1 M erhielt, ein anderer jedoch nur 55 c. Bei einem anderen Artikel bekam der eine Arbeiter 2,80 M, der andere 1,80 M usw. Gewöhnlich haben dann die Leute den Muth nicht, den Affordpreis vor Beginn der Arbeit zu verlangen, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt. Sie haben aber auch den Muth nicht, sich in einer Organisation zu vereinigen, denn es sind von ca. 50 Drehern nur 11 im Verband, und diese können somit auch nichts ausrichten. Doch wäre die Abhaltung einer Werkstättenversammlung zu empfehlen und folgende Forderungen aufzustellen: 1) Abschaffung der Affordarbeit, 2) Aufstellung eines Minimallohns. Sollten diese zwei Punkte nicht angenommen werden, so muß unbedingt die Aufstellung einer Affordliste verlangt werden, woraus jeder Dreher bei Uebernahme der Arbeit den Affordpreis ersehen kann. Für alle Fälle ist aber ein Zusammengehen sämtlicher Dreher geboten, und wenn dieses Zusammengehen von dauerndem Erfolg sein soll, Anknüpfung an den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Mißstände bestehen schon lange, aber was ist bisher ausgerichtet worden? Was haben die Hirsch-Dunderianer erreicht? Sie haben sich persönlich beliebt gemacht durch Kirchengehen u., aber die Mißstände sind alle geblieben. Darum auf, ihr Arbeiter, erwidert die Ungerechtigkeiten Eurer Vorgesetzten mit einer festen, geschlossenen Organisation und kämpft Macht gegen Macht.

Chemnitz. In der am 12. September im „Schützenhaus“ abgehaltenen Versammlung der Metallarbeiter referirte Kollege Franke über die Zustände der „Wanderräderfabrik“, vormalig Winkelhofer u. Jänike“ zu Schönau. Selten wohl hat sich eine Firma so schnell gehoben wie diese, welche vor 12-13 Jahren in der primitivsten Weise angefangen und nur voriges Jahr eine große Fabrik in Schönau gebaut hat, die jetzt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, bei welcher die früheren Firmeninhaber als Direktoren angestellt sind. Bis vor einigen Jahren sind die Arbeiterverhältnisse ziemlich gute gewesen. Die Fabrik ist die einzige in Chemnitz, welche seit 1893 das Bezahlen der Feilen und anderer Werkzeuge eingeführt hat. Damals bekamen die Lohnarbeiter 2 M pro Stunde Zulage, die Affordarbeiter nichts, auch waren zu dieser Zeit die Feilen noch Eigentum der Arbeiter. In welcher Weise die Preise reduziert wurden, zeigt folgendes: Für Feilsteckhaken 1893: 5,50-9 M, jetzt: durchschnittlich 4,50; Feilsteile früher: 2,50 M, jetzt: 1,70 M; Feilspitzen früher: 50-90 c, jetzt: 35-60 c; Bremsführung früher: 20, jetzt: 8 c, Rad zusammenstellen und spannen früher: 1,05 M, jetzt 75 c. Da jetzt wieder per Rad 20 c abgezogen werden sollten, legten 6 Kollegen die Arbeiter nieder. Auch im Strafen wird das Möglichste geleistet, worin der Drehermeister Steiner am herborragendsten ist. Von den Strafgebern bekommen die Arbeiter in Nothfällen Vorstufung, da die Firma solchen selbst nicht gibt. Solche Zustände, führte Referent aus, könnten nicht eintreten, wenn die Arbeiter organisiert gewesen wären; dann sollen die Arbeiter es nachholen, um bessere Zustände herbeizuführen. An der Debatte theilnehmten sich einige Kollegen, welche sich im Sinne des Referenten äußerten. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Essfurt. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 12. September im Gasthaus zum „Alten Schwan“ statt. Greifwilt war der starke Redner, der Saal war so überfüllt, daß viele stehen mußten. Zum ersten Punkt sprach Genosse Jährenlammer über großen Bedarf in einpundiger Woche aber: „Die Lohnkämpfe im Mittelalter“. Zu den Ausführungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit dem Vortrag voll und ganz einverstanden und verpflichtet den Antrag zur Organisation des Referenten mit aller Energie zu vertreten; die Versammelten er-

kären, soweit sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande noch nicht angehören, Mann für Mann demselben beizutreten, um dem Kapitalismus einen Damm entgegenzusetzen und endlich einmal bessere Lebensbedingungen zu erringen.“ Als weiterer Punkt der Tagesordnung wurde eine Werkstättenangelegenheit behandelt. Kollege Hesse brachte Streitigkeiten zwischen den Arbeitern der Leisten- und Stangenfabrik Höfer zur Sprache. Der Meister dieser Firma war auf Einladung selbst erschienen. Die Schlosser Hildebrand (Mitglied des D. M. V.) und Weier wurden beschuldigt, dem Vertrauensmann der Metallarbeiter, Genossen Schlüter, beschimpft zu haben. Im Weiteren sollten Weie für den Hirsch-Dunderianer Gewerbeverein agitirt haben. Es sprachen sich mehrere Redner gegen das Verhalten dieser zwei Kollegen aus, lobten aber durchweg die korrekte Haltung des Fabrikanten Höfer, sowie des Meisters Lindner. Gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich nach Anhörung der Streitigkeiten in der Stangenfabrik Höfer mit dem Verhalten des Vertrauensmannes vollständig einverstanden und erklärt sich mit ihm solidarisch.“ Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen. Es ließen sich eine große Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß wir mit dieser Versammlung sehr zufrieden sind; seit Bestehen der Zahlstelle war noch keine so stark besucht.

Flensburg. Am 19. September hielt die allgemeine Verwaltungsstelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Da in letzter Zeit viele Mitglieder aufgenommen, auch ein Theil der Arbeiter der Grusauer Kupfermühle sich uns angeschlossen hat, so hielt Kollege Stödel zur Aufklärung derselben einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Derselbe wurde beifällig aufgenommen. Nachdem noch einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen, erstattete ein Kollege Bericht vom jetzigen Stand des Ausstandes der Werkstättenarbeiter. Acht Wochen dauert derselbe nun schon fort. Es ist seitens der Arbeiter Alles versucht worden, den Ausstand zu beendigen, bisher ist aber eine Einigung nicht erzielt worden. Auf Anregung des Regierungsraths Mitterhausen in Schleswig (derselbe wollte die Vermittlung mit dem Vorstand der Werkstättenarbeiter, wenn die Werkstättenarbeiter ihn darum ersuchten) wurde in der letzten Werkstättenversammlung ein Antrag dahingehend angenommen. Wenn wir uns auch nicht viel davon versprochen, so wollten wir auch diesem Weg nicht ausweichen, damit uns nicht nachgesagt würde, wir seien die Schuldigen, die den Streik in die Länge ziehen wollen; der Herr Regierungsrath habe denn auch wenig ausgereicht. In einem an uns gerichteten Schreiben wurde uns die Mittheilung, daß der Herr Regierungsrath die Erlaubnis dazu verweigert habe. — In verschiedenen Zeitungen, hauptsächlich in Rheinland und Westfalen, wird die Nachricht verbreitet, daß der hiesige Ausstand beendet und Majchinenbauer usw. gesucht werden. Diese Nachricht ist falsch. Der Ausstand dauert unverändert fort! Die auswärtigen Kollegen möchten wir bitten, wenn an ihrem Ort derartige Berichte gebracht sind oder noch gebracht werden, uns sofort davon in Kenntnig zu setzen.

Großsch. Kollegen, ein ernstes Wort ist an Euch zu richten. Wenn man die hiesigen Verhältnisse betrachtet, so bleibt Vieles zu wünschen übrig. Wir sind hier 100 bis 120 Metallarbeiter, davon sind nur 42 im Verband. Das ist ein schlechtes Zeichen, wo doch einem jeden Kollegen Gelegenheit geboten ist, die Versammlungen zu besuchen. Aber leider ist immer nur dies die Hälfte der Mitglieder anwesend und zwar immer ein und dieselbe. Und wir hätten doch viele Uebelstände zu beseitigen, wozu jedoch ein einziges Zusammenhalten nöthig ist. Es sind seit ungefähr einem halben Jahre 50 neue Schlossergehellen in unserer Art gekommen, aber keiner ist im Verband. Es muß daher eines jeden einzelnen Kollegen Pflicht sein, die Leute anzuhalten, sie zu veranlassen, der Organisation beizutreten. Nur dann können wir zu einem Ziele, nicht aber durch persönliche Weiberzettel. Wir weisen daher den Fernstehenden zu: Trete ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Und an die Werkstättenmitglieder ergeht das Ersuchen, ihre Pflicht voll und ganz zu thun.

Lübeck. Wenn man glaubt, daß jetzt nachdem der Streik auf der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beendet ist, die Lübecker Maschinen-Zerleiher eine Lehre daraus gezogen hätten, so irrt man sich ganz gewaltig. Denn die Unternehmner suchen jetzt Methoden zu suchen, namentlich für den 1. Mai. Es warte hier eine Zahlstelle des Hirsch-Dunderianer Gewerbevereins ins Leben gerufen, welche hauptsächlich von der Maschinenfabrik von Geyer & Co. theilhaftig unterstützt wird. Dort wird nämlich kein

Arbeiter mehr eingestellt, der nicht in den Gewerbeverein eintritt und suchen die Herren auch so viel wie möglich die älteren dort arbeitenden Kollegen, welche dem Fabrik- oder Metallarbeiter-Verbande angehören, denselben unten zu machen, oder wenn das nicht geht, sie so schnell wie möglich und ohne Aufsehen aus der Bude herauszubringen. Diese Fabrik sucht auch durch die „Schwäbische Tagewacht“ frische Leute aus der Schweiz oder Württemberg heranzuziehen, welchen aber nicht gesagt wird, daß sie hier dem Gewerbeverein beitreten müssen; wenn sie erst hier sind, so wird ihnen gesagt, es sei hier so Mode, und wer dann nicht will, kann wieder abziehen. Darum möchten wir alle auswärtigen Kollegen davor warnen, eine Arbeit nach hier anzunehmen, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung der hiesigen Zahlstelle des D. M. V. zu informiren wie die Sachen hier stehen.

Leipzig. Am 12. September fand in Markranstädt eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Bei Werkstättenangelegenheiten wurden die Zustände bei der Firma Brauer u. Rehwinkel, Inhaber Abraham, kritisiert. Es wurde bekannt gegeben, daß die Polizei oft Stunden versäumen müßten, um Polierrappen (Schwäbel) zu holen, wozu sie auch auf ihre Kosten nach Leipzig fahren müßten. Einer der Meister traktirte seine Leute damit, daß sie Stunden lang auf Arbeit, Del und Bindereien warten müßten, so daß schon verschiedene Kollegen sich selbst von ihrem Gelde Bindereien kauften. In der Versammlung erklärten die Meister, daß sie den Mißständen gern abhelfen wollten, sie forderten auch selbst noch die anwesenden Arbeiter auf, sich an der Debatte zu theilnehmen. Ein Werkführer, Herr Hempel erklärte, daß er es auf seine Ehre nähme, daß kein Arbeiter in Folge der Theilnahme an der Debatte in dieser Versammlung entlassen werde. Wie es nun darnach steht, erzieht man daraus, daß gleich am Montag früh 2 Metallruder ohne jeden Grund entlassen wurden, trotzdem beide einen Afford haben, welcher noch nicht vollendet ist. Sie werden natürlich diesen Afford ausklagen. An die Kollegen von Markranstädt richten wir die Bitte: schließt Euch Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, um diesem Herrn Werkführer die Stirn bieten zu können.

Markranstädt. Am 12. September beschloß sich eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit den mißlichen Verhältnissen in der hiesigen Blechwarenfabrik Brauer und Rehwinkel (Inhaber Herr Abraham). Trotz der Verneinung der Fabrikleitung, daß sie ein offenes, reelles Wort unbeanspruchet lassen wolle, flogen Montag Früh doch zwei Kollegen auf's Pflaster, was eine zweite Versammlung zur Folge hatte. Der Herr Fabrikhaber und sein Personal war erschienen. Kollege Jakobson hatte das Referat und führte die ganze Werkstättenangelegenheit noch einmal sachlich und verständlich vor Augen. Gerügt wurde die Thätigkeit der Werkführer, das lange Warten auf Arbeit, das Kaufen der Schwafelscheiben aus eigenem Geldbeutel, ebenso des Stearinöls, die Unzulänglichkeit der Garderobe und der Waschanstalt, das Fehlen eines Arbeiterauswärtigen und die Existenz eines sogenannten Diebesparagrafen in der Fabrikordnung, nach dem sich der Arbeiter beim Weggange verstecken lassen muß, falls es einem der Herren beliebt. Diesen Paragrafen charakterisirte Kollege Förster sehr drastisch, indem er ausführte, den Tag über kann man arbeiten, um dem Herrn Prinzipal immer bessere Lebensbedingungen zu schaffen und zum Dank dafür darf man Abends wie ein Dieb den Wirkungsplatz verlassen. Die behaupteten Thatsachen wurden vom Prinzipal in Abrede gestellt, worauf drei Redner dieselben Mißstände nochmals wiederholten, um eben wieder die glatte Antwort zu erhalten: Das ist nicht wahr!! Es fanden sich auch zwei Redner, die für Herrn Abraham eine Lauge brachen. Der erste verfiel mit seinem Schwafel der Lächerlichkeit, der zweite stellte sich als freier Mann dar, weil er bei Herrn Abraham ruhig sein Parteiblatt lesen dürfe. Wir wollen die Toleranz der Herren in dieser Hinsicht nicht verkennen. Die Versammlung richtete nun die Frage an Herrn Abraham, ob er die zwei Gemächregellen wieder einstellen wolle. Letztere sollten nun die behaupteten Thatsachen widertrafen und dann aufhören dürfen. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution an: Die Antwort des Herrn Abraham hat uns nach den erwiesenen Klagen seiner Arbeiter nicht befriedigt und weisen wir das Kapituliren einer Zurücknahme der thätigen Behauptungen energisch zurück. — Herr Abraham war hiernach bemüht, die ganze Angelegenheit auf ansäugliche Weise zu regeln. Er war auch ohne Zurücknahme des Gesagten zufrieden und will die zwei Kollegen wieder einstellen und für Beschwerden und Klagen seiner Arbeiter besser zu haben sein wie bisher. Mit einem kräftigen Appell, sich der Organisation der Metallarbeiter anzuschließen, und dem Ver-

sprechen, bei weiteren Maßregelungen thätig einzutreten, schloß die Versammlung. **Neustadt a. d. Hardt.** Die hiesige Kesselfabrik B. Bursfel verfuhr, durch einen Agenten Arbeiter aus Düsseldorf hierher zu locken, natürlich unter den bekannten Versprechungen. Die Betreffenden sollten sich aber verpflichten, 7 (sieben) Monate hier zu arbeiten. Wir können den Kollegen in Düsseldorf und anderwärts nur rathe, nicht auf den Gein der Firma zu gehen, denn hier ist nicht viel zu holen. Hat nämlich mal ein Arbeiter in Afford 50 M verdient, flugs gibt es Reduktion auf 40 M. Der Herr Meister Hebel zeigte sogar einen Arbeiter wegen blauen Montagmachens an; da dem Arbeiter 1 Tag Haft nicht paßte, erhob er Widerspruch und da stellte es sich bei der Verhandlung heraus, daß Herr P. der Anzeiger war. Die Strafe wurde auf 1 M ermäßigt. — Kollegen, haltet den Zug von Kesselschmieden, Stemmern, Rietern und Monteuren fern!

Saalfeld. Es ist immer eine unbahare Aufgabe von dieser Stelle aus die Kollegen auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Und doch können wir nicht umhin, uns unseres Organs einmal dazu zu bedienen, um dem Verstand in unseren Reihen entgegenzutreten. Jeder denkende Arbeiter, welcher zu der Erkenntnis gelangt ist, daß seine Zugehörigkeit zur Organisation eine Nothwendigkeit ist, sollte doch wohl auch mittlerweile einsehen gelernt haben, daß die bloße Zugehörigkeit zur Organisation nicht das A und O seiner Thätigkeit für die Arbeiterfrage ist. Daß man pro Woche seinen Mitgliedsbeitrag entrichtet und dabei aber alle Fein gerade sein läßt, das ist nun in Saalfeld derartig eingerissen, daß man schließlich mit gutem Recht behaupten könnte, die Saalfelder Metallarbeiter sind sich des Ernstes der noch zu bewältigenden Arbeit nicht bewußt. Das ist zwar ein hartes Wort, aber wir glauben sicher, daß kein Kollege, welcher seine Aufgabe als gewerkschaftlich organisirter Arbeiter mit vollem Ernst erfaßt hat, zu einem anderen Schluß gelangen kann. Es ist wahrhaftig nothwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß unsere Organisation nicht vergleichbar ist mit jenen, deren Zweck darin besteht, ihren Mitgliedern Zerstreuung zu verschaffen. Wer bloß Zerstreuung sucht, der möge jenen Organisationen beitreten und er wird darin Befriedigung finden. Stat., Regel- und Athleten-Klubs, bürgerliche Gesang- u. Theatervereine sorgen ja bekanntlich nach Kräften dafür, daß der Arbeiter über seine wirtschaftlich und politische Lage möglichst im Dunkel bleibt. Und nichts ist den Arbeitgebern lieber, als wenn sie einen Stamm solcher urtheilsloser Arbeiter um sich haben. Denn ist einfach Alles recht, was von „Oben“ herab bekräftigt wird. — Was also thut in Bezug auf unsere Organisation in Saalfeld zunächst noth? Jedenfalls zunächst das Eine, daß diejenigen, welche es bisher noch nicht für der Mühe werth gehalten haben, ganze Kollegen zu sein, sich dieser ihrer Pflicht bewußt werden und einsehen, daß sie sich und unserer Organisation den schlechtesten Dienst leisten, wenn sie theilnahmslos bei Seite stehen und glauben, es gehe auch ohne sie. Es ist an ein Vorwärtskommen nicht zu denken, wenn die Kollegen in ihrer Mehrzahl nicht einmal die Mitgliederversammlungen besuchen. So fanden sich in der letzten Versammlung von den 120 Mitgliedern, welche unsere Filiale zählt, etwa 25 Mann zu; derselben ein und es mußte so nothgedrungen von einem Eintreten in die Tagesordnung Abstand genommen werden. Vor jene Versammlung ein so klägliches Bild, so war jedenfalls die Tagesordnung interessant genug, um einen vollzähligen Besuch zu erwarten. Denn es handelte sich um nichts Geringeres, als um eine Besprechung über eine vorzunehmende Lohnstatistik. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird, die nächste Versammlung zu einer imposanteren zu gestalten.

Schwab.-Gmünd. Die am 5. Septbr. hier abgehaltene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Schlöde aus Stuttgart über die Lage der Metallarbeiter referirte, war gerade nicht schlecht besucht; wenn man aber die Zahl der hier beschäftigten Metallarbeiter ins Auge faßt, so kann und darf man mit Recht sagen, sie hätte besser besucht sein sollen. Der Referent hob hauptsächlich hervor, daß meistens die älteren Arbeiter den Gewerkschaften fern stehen, indem die meisten sich irrtümlich sagen, von solchen Vereinen hätten sie ja doch keinen Nutzen mehr. Redner führte dagegen an, in welchen Fällen gerade die älteren Arbeiter davon einen Nutzen haben. Zum Schluß forderte Schlöde alle Anwesenden auf, sich dem Deutschen Metall-Verband anzuschließen, nur durch kräftiges Zusammenhalten könne man was erreichen und die Mißstände beseitigen. — Daß die Gmünder Metallarbeiter es nöthig haben, sich zu organisiren, geht daraus hervor, daß viele mit 10, 12 und 15 M pro Woche nach Hause gehen, nicht bloß junge, sondern auch ver-

heirathete Arbeiter. Nun, bei einem solchen Verdienst ist es freilich auch nicht notwendig, daß man in einen Verband geht und sich organisiert. Samstags Abend in der Kneipe sitzen bis Morgens 3-4 Uhr und dabei einen gemächlichen „Ballack“ oder „Dopp“ machen, ist vielen lieber als in eine Versammlung zu gehen.

Wilhelmsburg. D. M. B. Mitgliederversammlung vom 12. September im Vereinslokal Konow am Neherstieg. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und angenommen, wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung geschritten: „Die Sozialreform.“ Hierzu erhielt Genosse Schulz das Wort. Redner erläuterte in einem interessanten Vortrag die ganzen Arbeiterversicherungen u. dgl. mehr und legte zugleich die nötigen Schritte klar, welche zunächst zu befolgen seien, um eine wirksame Sozialreform durchzuführen. Am Schlusse seines Vortrages erzielte Redner reichen Beifall. Hierauf wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung, innere Vereinsangelegenheiten, geschritten, und wurde auf Antrag Radloffs beschlossen, den Bezirkskassieren monatlich eine Vergütung von 1 M für ihre Mühe und Arbeit zu gewähren, die ihnen als Bezirkskassierer erwachsen. Ferner wurde auf Antrag Hesse beschlossen, daß die Zahl der zu einlassenden Mitglieder eines jeden Bezirkskassierers 50 nicht übersteigen darf. Sodann erklärte Kollege Dräger, daß in der letzten Versammlung der Wunsch geäußert sei, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten, da aber die öffentlichen Versammlungen in letzter Zeit nur schwach besucht waren, habe der Vorstand von der eben erwähnten Versammlung Abstand genommen und sei es somit den Mitgliedern anheimgestellt, sich über diese Angelegenheit auszusprechen. Nachdem nun noch verschiedene Kollegen für eine öffentliche Versammlung eintraten, wurde ein Antrag angenommen, am Sonnabend, den 19. Sept., eine öffentliche Werks-Metallarbeiter-Versammlung im Lokale des Herrn Rahmann abzuhalten, und als 1. Punkt die Aussperrung der Flensburger Werftarbeiter auf die Tagesordnung gesetzt. Zu gleicher Zeit wurde beschlossen, die Bekanntmachung durch Plakate erfolgen zu lassen; alles Andere betreffs dieser Versammlung sei dem Vorstände überlassen. Ferner wurde noch Beschwerde erhoben wegen nachlässiger Verbreitung des Fachorgans. Hierbei wurde von Seiten des Vorstandes hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die Mitglieder ihre Wohnung beziehungsweise Wohnungswechsel dem Kassierer nicht genau mittheilen, daß somit die Zustellung der Zeitung unterbleiben mußte. Nachdem noch der Bevollmächtigte sein Bedauern über die schwache Theilnahme am Festzuge des Gewerkschaftsfestes seitens der Kollegen ansprach, und die Mitglieder aufforderte, kräftig für die am Sonnabend stattfindende öffentliche Versammlung zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Zürich. Achtung Sieher! Da seitens der Firma Borner u. Comp. (Eisenlegerei und Maschinenfabrik) in Alstetten bei Zürich die im Juni d. J. gemachten Vereinbarungen den Arbeitern gegenüber nicht inne gehalten werden, so wird gegen die Firma Borner u. Comp. aufs neue die Sperre verhängt, und ersuchen wir alle in der Siehererei (Formerei) beschäftigten Arbeiter, im genannten Geschäft nicht in Arbeit zu treten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Küström. Wm. Harm, Bauschlosserei, läßt durch ihren Werkführer Gesellen für sich werden. Daß es derselbe gerade auf Verbandskollegen abgesehen hat, soll der Sache wohl einen überzeugenderen Anstrich geben. Die Versprechungen werden aber den Angeworbenen in der größtmöglichen Weise zu Schanden gemacht, indem ein höherer Lohn wie 4 M pro Woche, natürlich bei freier Station, nicht abfällt. Der Lauf der Dinge ist bisher in dieser Weise gewesen und nicht abzusehen, daß er sich ändert; wir warnen deshalb alle auswärtigen Kollegen vor Sockrufen von dieser Seite.

Hamburg. D. M. B., Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung am 15. September bei Hilmer. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung theilte der Bevollmächtigte vor Eintritt in die Tagesordnung dem Kollegen Haber das Wort. Derselbe fordert die arbeitssuchenden Kollegen auf, nur den Arbeitsnachweis unserer Organisation zu benutzen und nicht dem Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen Hamburgs nachzulaufen, wie es leider sehr viele Kollegen thun. Denn dieser „Arbeitsnachweis“ der Unternehmer ist doch gewissermaßen nur eine Kontrollstation für die Arbeiter. Auch betreffs der Arbeitslosenstatistik sei das Interesse der Mitglieder mangelhaft; denn wie oft werden diese in der „D. M. B.“ wegen derselben erinnert. Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Fällen eintretender Arbeitslosigkeit sich sofort in die Listen unseres Arbeitsnachweises eintragen zu lassen und

auch die vom Vorstand herausgegebenen Karten zwecks Ermittlung der Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern anzufüllen und an die bekannten Stellen abzuliefern. Der Bevollmächtigte empfiehlt aus Anlaß des schwachen Besuchs der Versammlung, der vielleicht auf die am selbigen Abend stattfindenden größeren öffentlichen Versammlungen zurückzuführen sei, von der Erledigung des Punkt 1 der Tagesordnung; Vortrag des Genossen H. Lorenz: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter“, abzusehen und diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Der von der örtlichen Verwaltung ausgehende Antrag: „Dem jeweiligen Kassierer pro Quartal eine Entschädigung von 4,50 M zu bewilligen“ fand nach Darlegung der Gründe durch den Bevollmächtigten ebenfalls Aufnahme. Im Anschluß hieran erklärt Weiskner das Amt eines Kassierers niederzulegen, läßt sich jedoch noch dazu bewegen, daselbe bis zur nächsten Generalversammlung zu verwalten. Da das gemeinschaftliche Wintervergnügen der verschiedenen Sektionen am 17. Oktober im Lokale der Wm. Tätzge stattfindet und die Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer beschlossen hat, sich an demselben mit zu theilnehmen, so machte sich an Stelle des in der letzten Versammlung gewählten provisorischen Festkomitees eine Neuwahl nötig, aus welcher Doß, Kannenberg und Stahlbohm als gewählt hervorgingen. Den Bericht vom Gewerkschaftsartikel erstatten Naumann und Weiskner. Ersterer erwähnt noch die Mitglieder, zur Unterstützung der auswärtigen Werftarbeiter in Flensburg auch ihr Scherstein beizubehalten. Für die ausgesperrten Werftarbeiter in Flensburg wurden, da schnelle Hilfe angebracht ist, 100 M bewilligt. Weiskner weist auf das seitens der Filiale Wandsbeck am 27. Septbr. dafelbst arrangirte Vergnügen hin und überläßt es den Kollegen, an demselben theilzunehmen. Nachdem noch der Bevollmächtigte die Mitglieder auffordert, unter Hinweis auf das in der nächsten Versammlung vom Genossen H. Lorenz zum Vortrag gelangende Referat, für Hebung des Versammlungsbesuchs möglichst Sorge zu tragen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schlager.

Dresden. Beschlufsfassung über Fortsetzung der Sperre, lautete die Tagesordnung, welche eine Versammlung der Metallschläger und Auslegerinnen am 14. September beschäftigte. Die Bohnkommission gab einen Bericht über die letzten 14 Tage, woraus zu entnehmen ist, daß die verheiratheten Kollegen Wllh. Galant, genannt Jech, G. Marx, E. Steudtner und die ledigen Kollegen D. Sommer und G. Eichler die Sperre gedrohen haben. Ein Kollege stellte hierauf den Antrag, die Sperre aufzuheben. Im Laufe der Debatte stellte sich heraus, daß der Antragsteller nicht aus eigenem Antriebe den Antrag gestellt, sondern daß er nur die Folgen verschob, die einige andere Kollegen geschickt hatten. Sämmtliche Redner, welche über den Antrag sprachen, erklärten, daß durchaus keine Veranlassung vorliege, die Sperre aufzuheben, denn bekanntlich ist im Statut des Verbandes ein Passus enthalten, welcher es jedem möglich macht, sich über Wasser zu halten. Nachdem noch aufgefördert wurde, daß nur jeder nach seiner ehrlichen Ueberzeugung stimmen sollte, wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag einstimmig abgelehnt. Die Sperre bleibt somit fortbestehen.

Zinngießer.

München. Von der hiesigen Sektion ist zu berichten, daß dieselbe in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. In den beiden letzten Versammlungen wurden allein 17 Mitglieder aufgenommen und beträgt die Mitgliederzahl jetzt 60 Mann; also mehr als die Hälfte der hiesigen Kollegen. In letzter Versammlung wurden auch die Flugblätter betreffs statistischer Erhebungen über die Lage der Zinngießer Münchens theilhaft und erwähnte der Vorstehende, daß dieselben auch an die auswärtigen Kollegen verschickt werden, wie wir überhaupt hoffen, daß dieses Flugblatt agitatorisch für uns von großem Werth sein möge. In letzter Versammlung war es besonders der Punkt: „Gewerbliche Rundschau“, der sich in der Diskussion interessant gestaltete. Es konnte hieraus ersehen werden, daß in den Verhältnissen zwischen den einzelnen Werkstätten oft eine ganz erhebliche Differenz besteht. Es steht und daher noch ein weites Feld zur Bearbeitung offen. In der Reinemann'schen Werkstätte sind jetzt über 20 Gehilfen beschäftigt und ist es nur zu bedauern, daß die Mehrzahl von ihnen der Sektion noch fern steht. Betreffs dieser Werkstätte, die in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse die größte und zugleich die windigste Bürde zu werden verspricht, wurde auch die Verwaltung beauftragt, sich mit dem Fabrikinspektor ins Benehmen zu setzen. Die Versammlung war so stark besucht, daß die Kollegen wie

„Seringe“ aufeinander saßen, und versprach der Vorstehende, für die künftigen Versammlungen ein größeres und luftigeres Lokal zu beschaffen. Mit der Aufforderung, auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich zu besuchen wie heute, wurde die von gutem Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

Feilenhauer.

Bielefeld. (Sektion der Feilenhauer.) Die Mitgliederversammlung vom 6. Septbr. war leider nur sehr schwach besucht. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Wiedrich und Wessel als Revisoren und Strotmann als Kassierer. Hierauf kamen die Restanten zur Verlesung und mußte Kollege Maier wegen Nichtbefolgung der statutarischen Bestimmungen gestrichen werden.

Berlin. Der Arbeits-Nachweis der Feilenhauer Berlins befindet sich bis auf Weiteres bei dem Feilenhauer Fr. Seeger, Berlin-N., Gartenstr. 13. Die Branchenversammlung der Feilenhauer findet jeden 1. Sonntag nach dem 15. jeden Monats bei Weiskner, Chausseest. 72, statt.

Dresden. Achtung, Feilenhauer! Es wird erjucht, das Umschauen in Dresden und Umgegend zu unterlassen. Näheres in der Herberge Flemingstr. 15.

Düsseldorf. Zugang ist fernzuhalten. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an unsern Bevollmächtigten Jos. Mölbers, Oberbillerallee 29.

Inden. Die hiesige Sektion der Feilenhauer sollte am 5. Septbr. ihre Mitgliederversammlung abhalten; leider mußte dies wegen ungenügender Theilnahme unterbleiben. Hauptsächlich sind es gerade die jüngeren Kollegen, welche durch Abwesenheit glänzen. Auch stehen und noch einige Kollegen fern, und einige, obwohl organisiert sind, mehr hemmend, als fördernd für unsere Sektion. — Da es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß zureisende Kollegen Umschauen gingen, so sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Umschauen verboten ist. Zuwiderhandelnde gehen der Extra-Unterstützung und der Vergünstigung des Arbeitsnachweises verlustig. Arbeitsnachweis ist bei Schulenburg, Mülser-Str.

Aufruf an die Metallarbeiter Thüringens.

Werthe Kollegen! Auf verschiedene Anfragen, die an mich ergangen sind, wie weit den Erfurter Beschlüssen Rechnung getragen wird, diene folgendes zur Nachricht. Was meine Person anbelangt, so habe ich mich streng nach den Beschlüssen gerichtet und mein mit übertragenes Amt voll und ganz erfüllt; es sind von mir seit dieser Zeit in den Städten Weimar, Erfurt, Greiz, Weisknersfeld, in letzterem Orte 2 mal, und noch an verschiedenen anderen Orten Versammlungen abgehalten worden, die auch theils von Erfolg gekrönt waren. Ferner habe ich noch in den Städten Merseburg und Mühlhausen im Auftrage des Hauptvorstandes für den Verband gewirkt. Momentan ist die Filiale in Merseburg durch die Rauheit der dortigen Kollegen gänzlich eingeschlossen, ich habe mich aber mit den Weisknersfeldern Kollegen in Verbindung gesetzt und wir werden auch Mittel und Wege finden, um in Merseburg wieder festen Fuß zu fassen. Da jetzt wieder diejenige Jahreszeit kommt, wo die Versammlungen besser besucht werden, so ersuche ich die Kollegen allerorts, wo durch öffentliche Versammlungen Erfolge erzielt werden können, solche einzuberufen und wegen Referenten sich an meine Adresse zu wenden. Aber auch jene Orte, wo noch keine Verbands-Filialen bestehen, wolle man nicht außer acht lassen; gerade in diesem Punkt habe ich die Kollegen schriftlich sowohl als mündlich aufgefordert, ihr Möglichstes zu thun. Falls Kosten dadurch entstehen, wolle man sich ebenfalls an mich wenden. — Da die in Erfurt festgesetzten Beiträge schlecht eingehen, so habe ich mich an den Hauptvorstand gewendet und habe auch 50 M für Agitationszwecke erhalten, wovon noch 30 M in meinem Besitz sind, die ja auch für die nächsten Wochen genügen. Aber ich möchte dringen ersuchen, daß die noch residirenden Filialen ihren Pflichten nachkommen, damit das Pulver nicht ausgeht, was wir jederzeit zu Agitationszwecken haben müssen.

Mit kollegialen Gruß
F. Leber,
Benigenjena bei Jena,
Karl Alexanderstr.

NB. Von 1. Oktober an wolle man obenstehende Adresse benutzen, da ich von Npoba nach Jena übersiedle; ich werde auch in meinen neuen Aufenthaltsorte jederzeit nach wie vor der Arbeiterbewegung zu Diensten stehen.
F. L.

Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft!

Durch die Manipulationen der Berliner Wohlthut-Fabrikanten wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gutbranche in den

Streik getrieben, und zwar unter dem Vorgeben, die Fabrikanten wollten Herr in eigenen Hause sein. Jetzt, nachdem der Streik oder richtiger die Aussperrung für die Arbeiter einen ungünstigen Verlauf genommen hat, haben die Fabrikanten eine Bohrerduktion von von zum Theil bis 50 Prozent vorgenommen. Auch zwingen sie jeden Arbeiter, sich durch Unterschrift zu verpflichten, der Organisation fern nicht mehr anzugehören, dafür aber dem von diesen Herrn gegründeten Wohlthätigkeitsverein als Mitglied beizutreten.

Dieses Verhalten der Fabrikanten beweist, auf was es von vornherein abgesehen war: Zerstückung der unbeherrschten Arbeiterorganisation, und zur größeren Ehre des heiligen Profits Herabdrückung des Arbeitslohnes. Damit gibt sich aber der Haß und die Nachsicht der Herren nicht etwa zufrieden, sondern der Fabrikantenring beschloß, daß ein großer Theil der Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt keine Arbeit wieder erhalten soll, und zwar sind es diejenigen, die in Wort und That für ihre Kollegen eingetreten sind. Hunderte von Arbeitern, die zum großen Theil schon Jahre in den betreffenden Betrieben thätig waren und die verheirathet für eine große Familie zu sorgen haben, sind auf die schwarze Liste gesetzt!

Von den zehn großen Wohlthutfabriken Berlins ist die von den Arbeitern begründete „Deutsche Putzfabrik“ die einzige, welche den organisierten Arbeitern noch offen steht und ihnen einen Zufluchtsort bieten kann. Ein Theil der Aussperrten hat bereits dort Unterkunft gefunden. Die Fabrik beschäftigt zur Zeit 150 Personen. Sie könnte aber das Doppelte beschäftigen, wenn das Fabrikat seitens der Arbeiterschaft noch mehr bevorzugt würde.

Die Fabrik gehört zu den größten Betrieben der Branche, sie produziert per Jahr ca. 250 000 Stück Hüte, welche nach allen Theilen Deutschlands versandt werden. Mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgestattet, ist ihre Einrichtung derart, daß die Produktion verdoppelt werden kann und mit ihr die Arbeitskräfte. Das Erzeugniß dieses Unternehmens ist anerkannt vorzüglich und die Preise sind nicht höher als die der Konkurrenz; sie betragen 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50 per Stück im Einzelverkauf, je nach Qualität.

Die Fabrik ist kein kapitalistisches Unternehmen, sondern befindet sich vollständig unter Kontrolle der Organisation.

Das Fabrikat wird nur durch eine grüne Marke gekennzeichnet, welche unter dem Schmelzblech klebt. Diese Marke bekommen alle diejenigen Fabrikanten, die ihre Waaren zu den von der Gewerkschaft festgesetzten Bedingungen herstellen. Es ist daher den kaufenden Arbeitern, welche mit uns sympathisieren, sehr leicht gemacht, uns ohne Geldkosten im Kampfe zu unterstützen, indem sie Hüte kaufen, welche mit dieser Marke versehen sind.

Die Fabrik als Zufluchtsort für die Gedrängten wird den Sammelpunkt bilden, von wo aus wir unsere alte Position wieder zurückerobern, das heißt unserer Organisation zur früheren Stärke verhelfen können.

Wir bitten daher die gesammte deutsche Arbeiterschaft nochmals, uns in unserem gerechten Kampfe in der Weise zu unterstützen, indem sie Hüte kauft, die mit der grünen Erkennungsmarke versehen sind.

Der Vorstand der organisierten Hutmacher Berlins.
H. Band. F. Auhr. E. Kempe.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Zurechnung der Hauptkasse pro August 1896.

- Einnahme. Kassenbestand vom Monat Juli M 507 055,49. Von Ablershof M 100. Altdorf 100. Alte Neustadt-Wagdeburg 60. Amberg 100. Annen 100. Augsburg 300. Barbeck 100. Barop 200. Bayenthal 200. Bayreuth 80. Benrath 150. Bergeborbeck 150. Bergen t. B. 50. Berlin I 300. Berlin II 400. Berlin III 400. Berlin V 200. Berlin VI 400. Berlin VII 400. Bischheim 150. Bremerhaven 200. Bries 50. Brödingen 50. Bromberg 40. Bruchhausen 100. Buchan 600. Bünde 40. Dulach-Weiertheim 150. Burgarnbach 50. Buschhütten 100. Cassel 400. Chemnitz 450. Köln-Nord 100. Cöthen 50. Cüstrin 100. Derendorf 100. Deuben 100. Dintelshühl 18,30. Dorp 100. Dortmund 175. Dresden - Altstadt 200. Duisburg 400. Düsseldorf 100. Durlach 180. Ehrenfeld 100. Eibelstadt 52,88. Eilpe 100. Eibing 100. Eller 125. Eßen a. d. R. 150. Eßlingen 300. Eßlingen 100. Flödingen 300. Fürth 603. Fürstwalde 200. Gaarden 150. Gaggeman 100. Gelsenkirchen 150. Gevelsberg 150. Giebielstein 300. Gießen 200. Gmund (Schwab.) 100. Görtz 80. Gröningen 100. Groß-Arheim 200. Göttingen 100. Halle a. d. S. 600. Hatterstheim 84. Hochfeld 100. Högberg 175. Högst a. M. 130. Hörde 125. Huderde 50. Kall 200.

